












Das Sicherheitsempfinden  
der Deutschen

# Inhalt



-  **Zusammenfassung**
-  **01 Wahrnehmung der militärischen Bedrohungslage**
-  **02 Größte Bedrohung der Sicherheit in Deutschland**
-  **03 Die Rolle des Westens in der Sicherheitspolitik**
-  **04 Veränderung der sicherheitspolitischen Lage Deutschlands**
-  **05 Sicherheitspolitische Zusammenarbeit der NATO**
-  **06 Wichtige sicherheitspolitische Partner**
-  **07 Deutschlands Rolle in der Krisenbewältigung**
-  **08 Wege für stärkeres internationales Engagement**
-  **09 Genutzte Informationskanäle für sicherheitspolitische Themen**
-  **10 Verteidigungsfähigkeit Deutschlands**



### Management Summary

Die Ergebnisse der Befragung zeichnen insgesamt ein deutlich angespanntes und zugleich ambivalentes sicherheitspolitisches Stimmungsbild in der deutschen Bevölkerung. Bereits die Einschätzung einer militärischen Bedrohung Deutschlands ist stark polarisiert: Die Bevölkerung ist hier nahezu gespalten, ohne klare Mehrheitsmeinung. Gleichzeitig zeigt sich jedoch ein breiter Eindruck, dass die Sicherheitslage insgesamt fragiler geworden ist.

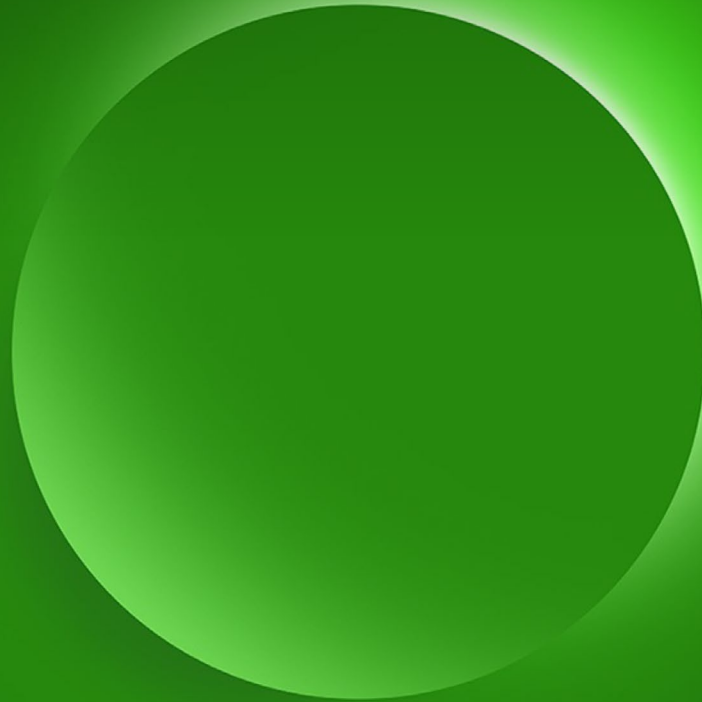
Als größte Bedrohungen werden vor allem moderne und hybride Risiken wahrgenommen. Anschläge auf kritische Infrastruktur, Cyberangriffe, Extremismus, Terrorismus sowie Desinformation stehen klar im Vordergrund, während klassische militärische Angriffsszenarien deutlich seltener genannt werden. Diese Wahrnehmung spiegelt sich auch in den Erwartungen für die kommenden Jahre wider: Eine Mehrheit rechnet mit einer Verschlechterung der sicherheitspolitischen Lage in Deutschland.

Auch die internationale Dimension wird überwiegend skeptisch bewertet. Viele Befragte haben den Eindruck, dass sich die Zusammenarbeit innerhalb der NATO zuletzt eher verschlechtert hat. Gleichzeitig bleibt das Vertrauen in die Europäische Union als wichtigster sicherheitspolitischer Partner besonders hoch, während die USA deutlich weniger häufig genannt werden. In ostdeutschen Bundesländern ist zudem eine etwas größere Zurückhaltung gegenüber NATO-orientierten Positionen erkennbar.

Beim gewünschten außenpolitischen Kurs zeigt sich ein zentrales Spannungsfeld: Die Bevölkerung wünscht sich einerseits mehr Eigenständigkeit durch den Abbau strategischer Abhängigkeiten, andererseits aber auch eine weiterhin enge Einbindung in Bündnisse wie die NATO. Diplomatische Vermittlung und internationale Kooperation werden dabei klar stärker betont als militärische Einsätze, die nur geringe Zustimmung finden. Deutschland soll global eher als unterstützender Mitgestalter auftreten, während eine führende Vorreiterrolle nur von einer Minderheit gefordert wird.

Die Informationswege zu sicherheitspolitischen Themen werden weiterhin stark von klassischen Medien geprägt. Zeitungen, Nachrichtenportale und öffentlich-rechtliches Fernsehen dominieren, während digitale Kanäle vor allem bei jüngeren Befragten an Bedeutung gewinnen.

# Wahrnehmung der militärischen Bedrohungslage





## 01 | Wahrnehmung der militärischen Bedrohungslage

In der Gesamtbevölkerung zeigt sich bei dieser Frage ein sehr gespaltenes Bild: knapp die Hälfte der Befragten hält Deutschland aktuell für militärisch bedroht, während ein fast ebenso großer Anteil keine Bedrohung sieht. Nur ein vergleichsweise kleiner Teil ist unentschieden. Die Einschätzung ist damit insgesamt stark polarisiert und lässt keine klare Mehrheit erkennen.

Ein Blick auf die Bundesländer verdeutlicht, dass diese ausgeglichene Gesamtverteilung aus teils unterschiedlichen regionalen Einschätzungen entsteht. In mehreren westdeutschen Ländern ist die Wahrnehmung einer militärischen Bedrohung etwas stärker vertreten, während in einigen ostdeutschen Ländern häufiger die Ansicht dominiert, dass Deutschland nicht bedroht sei.

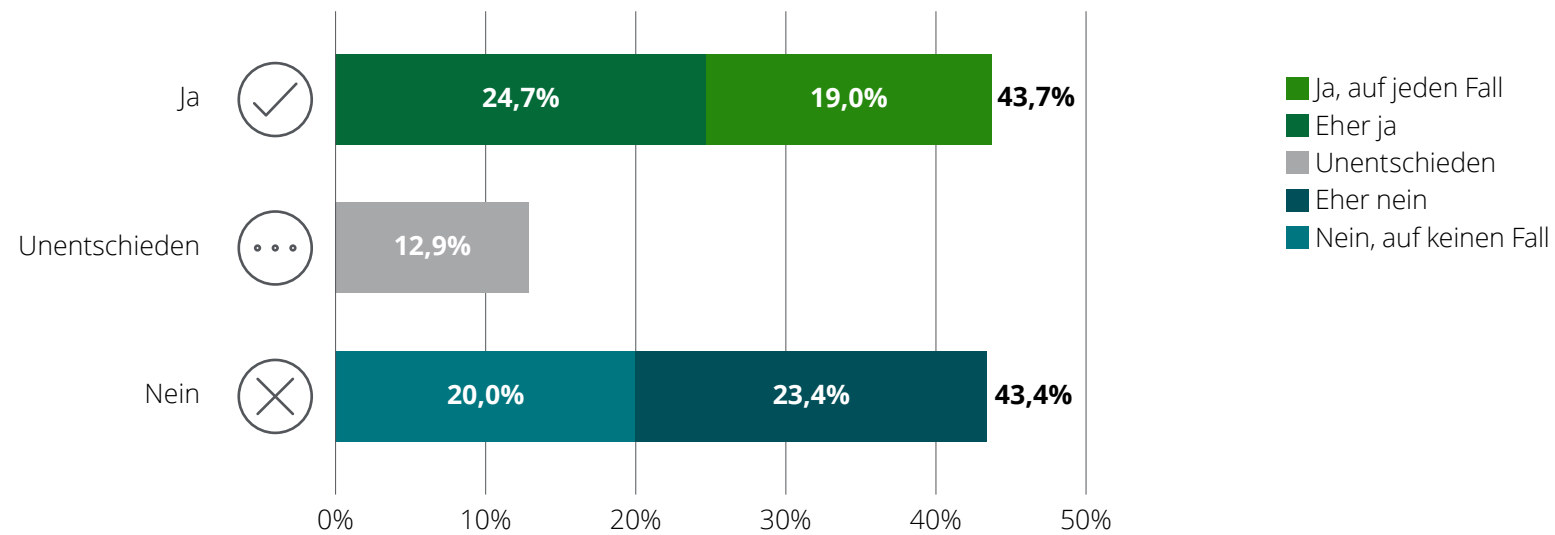
Nach Alter bleibt das Grundmuster weitgehend stabil. Es zeigen sich insgesamt nur geringe Unterschiede. Lediglich die 30- bis 39-Jährigen stechen etwas hervor, da sie vergleichsweise häufiger angeben, Deutschland aktuell nicht als militärisch bedroht zu sehen.



## 01 | Wahrnehmung der militärischen Bedrohungslage

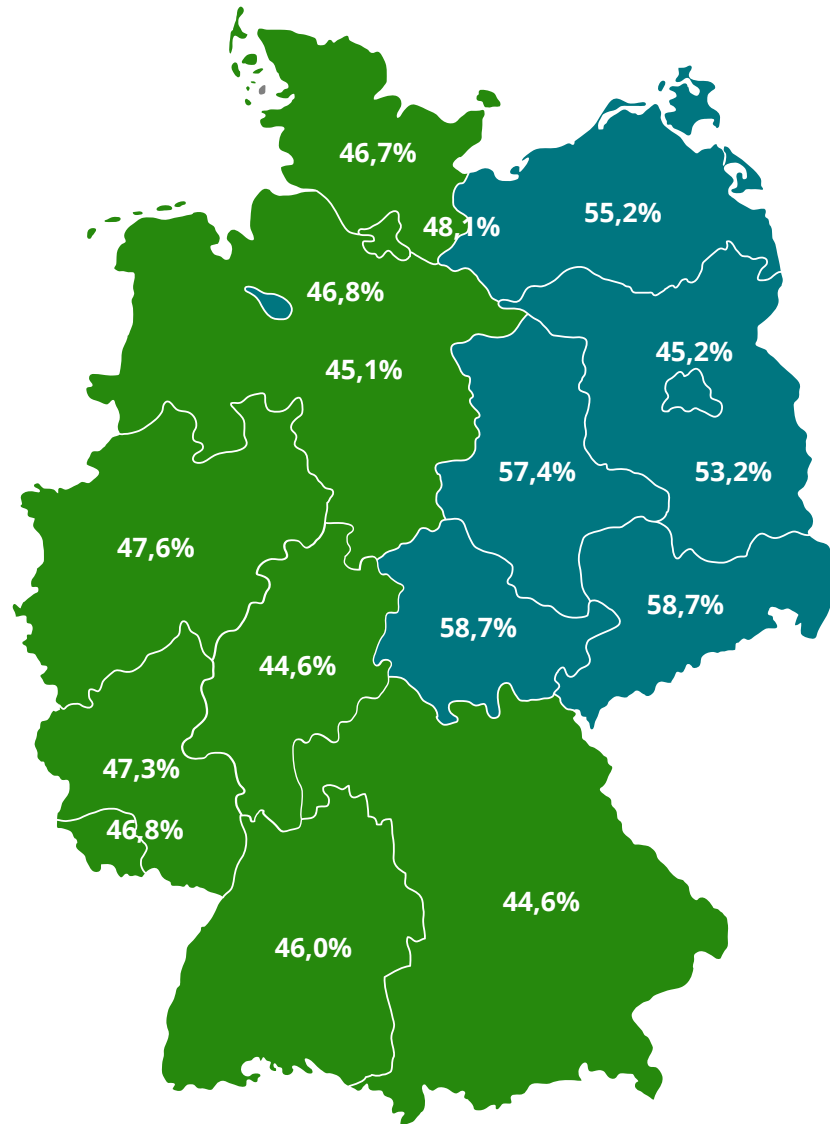


Halten Sie Deutschland aktuell für militärisch bedroht?



Stat. Fehler Gesamtergebnis: 2,7% | Stichprobengröße: 5.000 |  
Befragungszeitraum: 27.01.26–28.01.26 | Ausgewertet nach: Bundesländer

## 01 | Wahrnehmung der militärischen Bedrohungslage



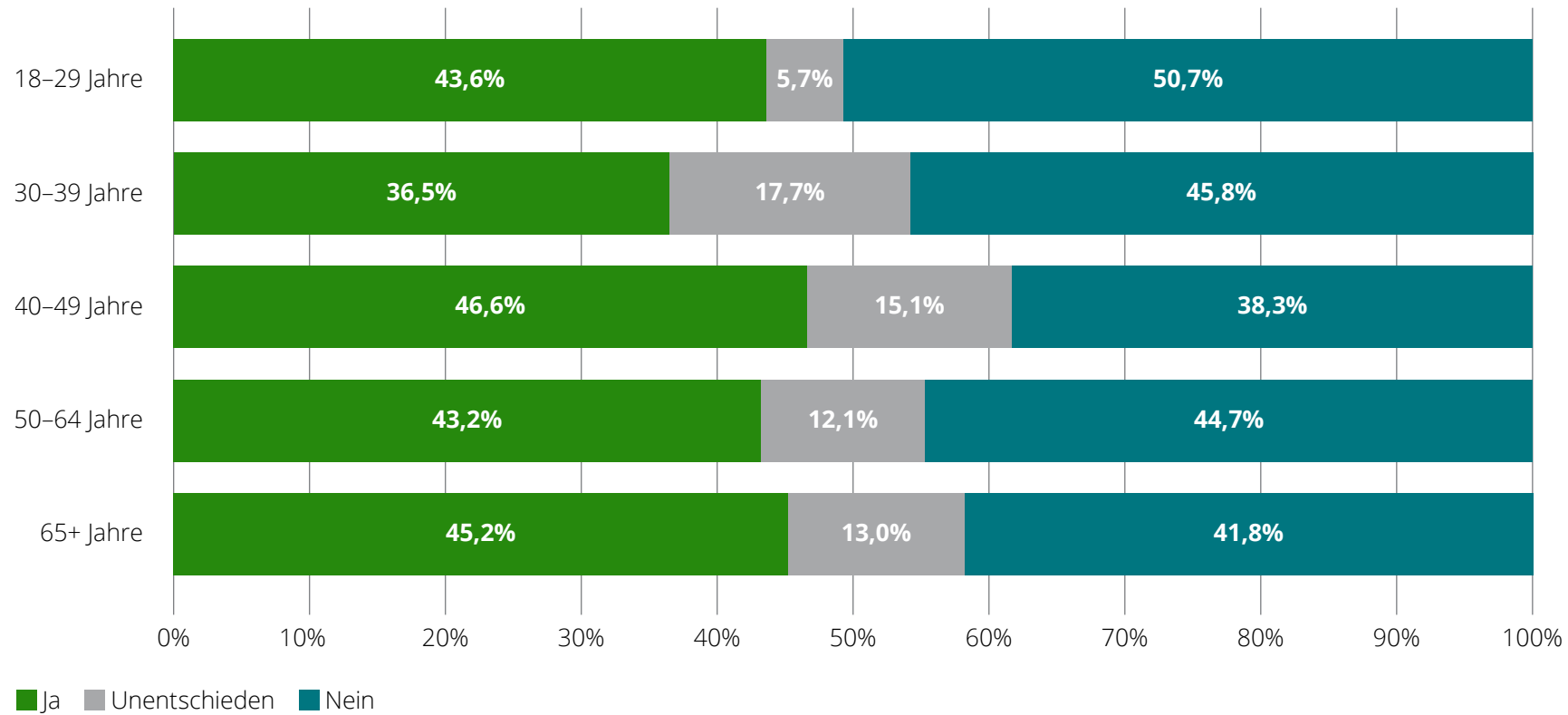
Halten Sie Deutschland aktuell für militärisch bedroht?

- Ja
- Unentschieden
- Nein

## 01 | Wahrnehmung der militärischen Bedrohungslage



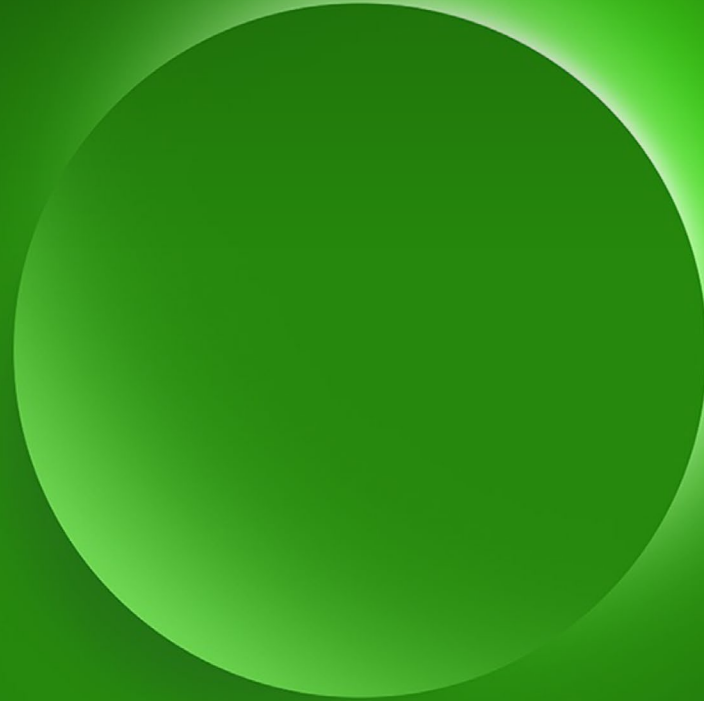
Halten Sie Deutschland aktuell für militärisch bedroht?



Stat. Fehler Gesamtergebnis: 2,7% | Stichprobengröße: 5.000 |  
Befragungszeitraum: 27.01.26–28.01.26 | Ausgewertet nach: Alter



# Größte Bedrohung der Sicherheit in Deutschland



## 02 | Größte Bedrohung der Sicherheit in Deutschland

In der Gesamtbevölkerung wird vor allem die Verwundbarkeit kritischer Infrastruktur als größte Bedrohung wahrgenommen: Mehr als die Hälfte nennt Anschläge auf zentrale Versorgungssysteme als zentrales Sicherheitsrisiko. Dahinter folgt ein breites Bündel an Gefahren, das von Cyberangriffen über politischen Extremismus bis hin zu terroristischen Anschlägen reicht – jeweils von rund einem Drittel der Befragten genannt. Desinformation und Fake News werden ebenfalls von einem ähnlich großen Anteil als sicherheitsrelevant empfunden. Klassische militärische Bedrohungen wie Angriffe auf NATO- oder deutsches Gebiet spielen dagegen nur für eine deutlich kleinere Minderheit eine Rolle.

Ein Blick auf die Bundesländer zeigt insgesamt ein sehr ähnliches Muster: In allen Regionen steht der Schutz kritischer Infrastruktur an erster Stelle, während sich die Bedeutung einzelner Bedrohungen – etwa Extremismus oder Terror – regional leicht verschiebt.

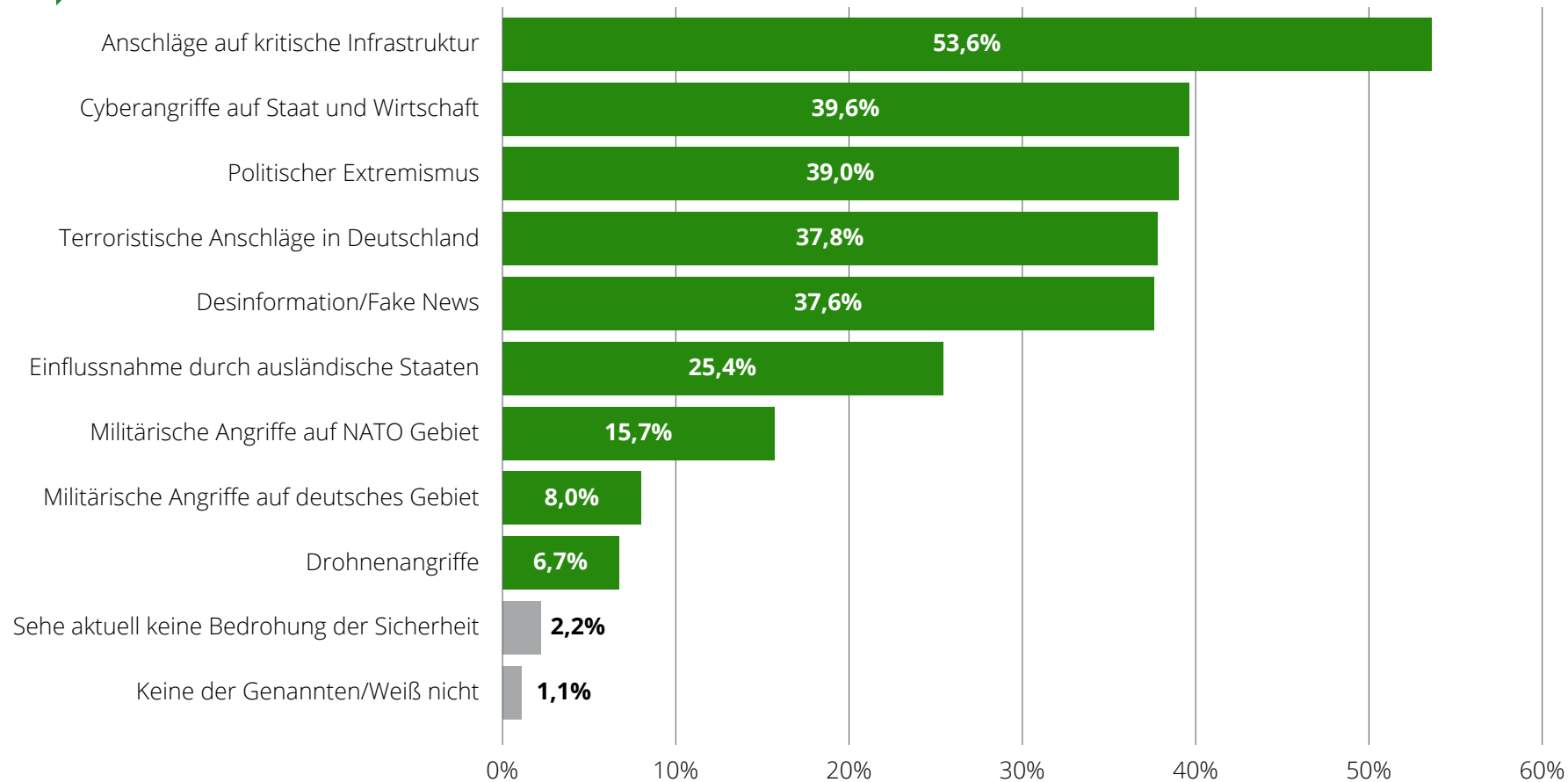
Nach Alter zeigen sich hingegen stärkere Akzentverschiebungen: Jüngere Befragte sehen häufiger politischen Extremismus und Desinformation als größte Gefahr, während ältere Gruppen stärker auf Cyberangriffe und Angriffe auf kritische Infrastruktur fokussieren. Insgesamt bleibt jedoch auch hier das Bild geprägt von einer breiten Wahrnehmung moderner, hybrider Bedrohungen statt klassischer militärischer Szenarien.



## 02 | Größte Bedrohung der Sicherheit in Deutschland

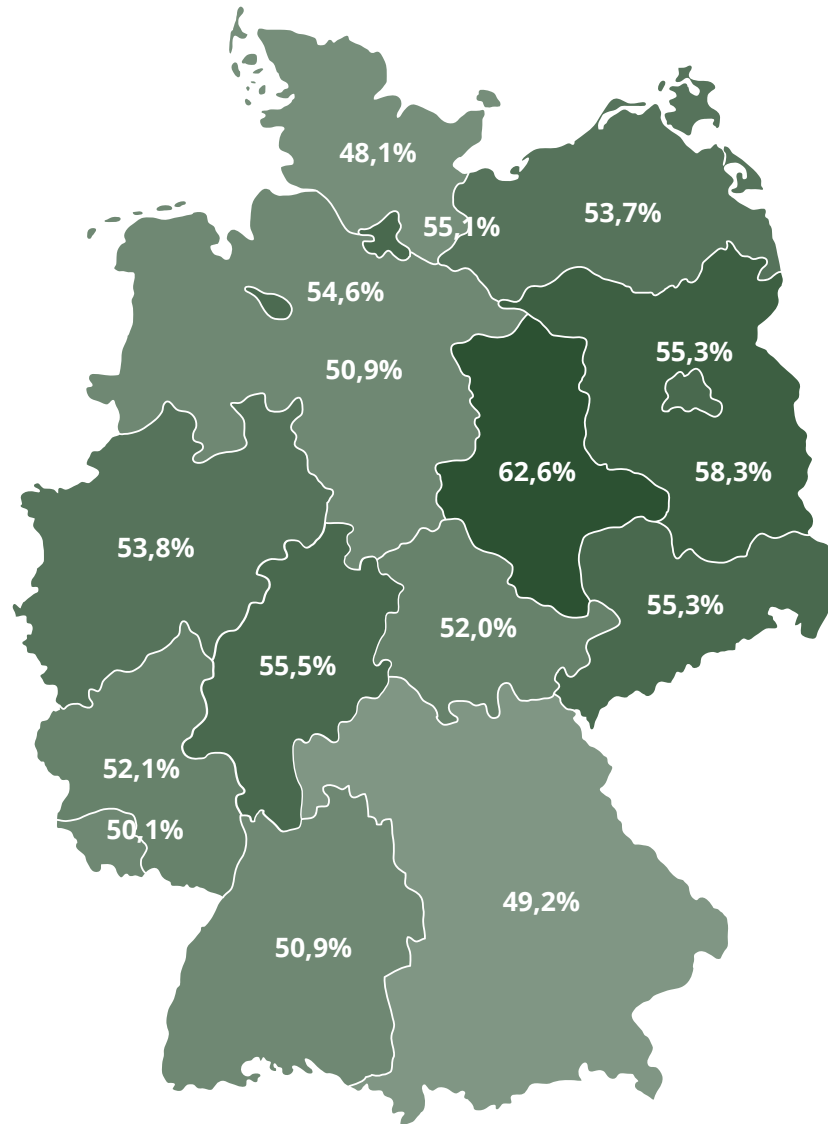


Welche dieser Themen empfinden Sie als größte Bedrohung der Sicherheit in Deutschland?



Mehrfachantwort möglich | Stat. Fehler Gesamtergebnis: 2,7% | Stichprobengröße: 5.000 |  
Befragungszeitraum: 27.01.26–28.01.26

## 02 | Größte Bedrohung der Sicherheit in Deutschland



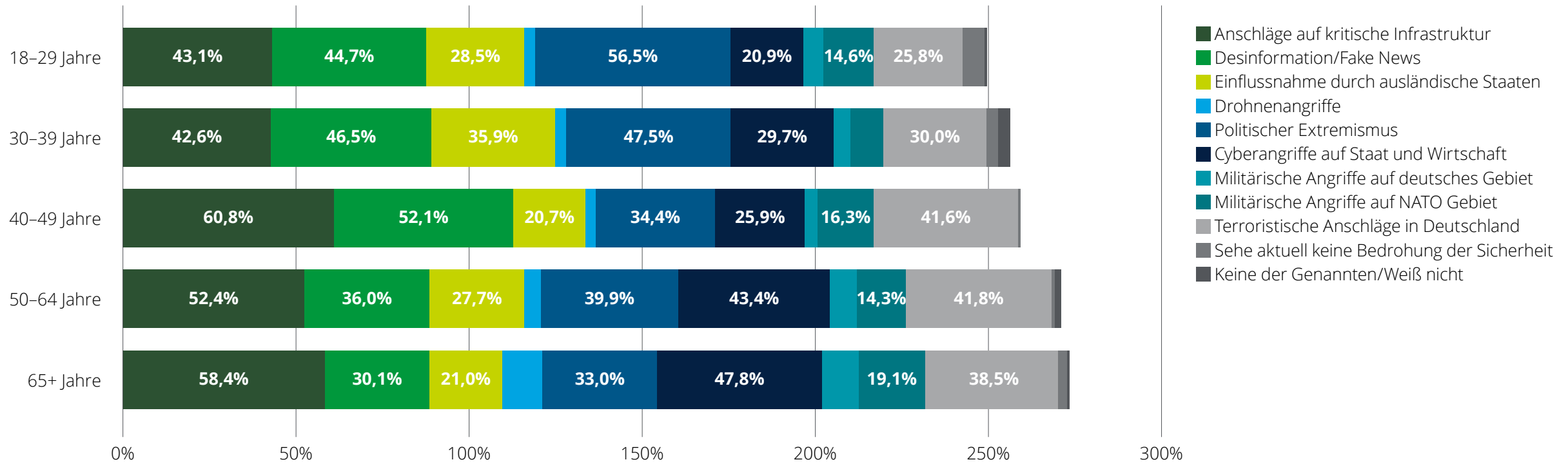
Welche dieser Themen empfinden Sie als größte Bedrohung der Sicherheit in Deutschland?

- Anschläge auf kritische Infrastruktur
- Desinformation/Fake News
- Einflussnahme durch ausländische Staaten
- Drohnenangriffe
- Politischer Extremismus
- Cyberangriffe auf Staat und Wirtschaft
- Militärische Angriffe auf deutsches Gebiet
- Militärische Angriffe auf NATO Gebiet
- Terroristische Anschläge in Deutschland
- Sehe aktuell keine Bedrohung der Sicherheit
- Keine der Genannten/Weiß nicht

## 02 | Größte Bedrohung der Sicherheit in Deutschland

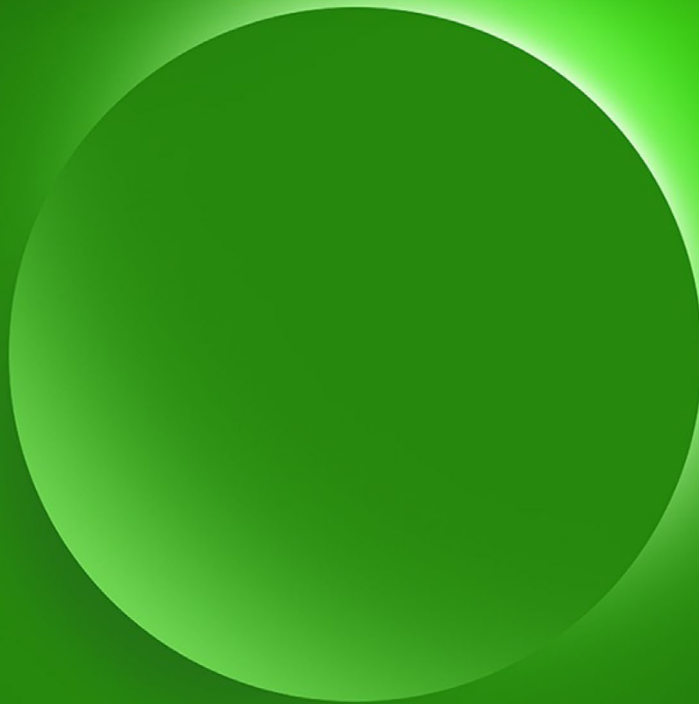


Welche dieser Themen empfinden Sie als größte Bedrohung der Sicherheit in Deutschland?



Mehrfachantwort möglich | Stat. Fehler Gesamtergebnis: 2,7% | Stichprobengröße: 5.000 |  
Befragungszeitraum: 27.01.26–28.01.26 | Ausgewertet nach: Alter

# Die Rolle des Westens in der Sicherheitspolitik





### 03 | Die Rolle des Westens in der Sicherheitspolitik

In der Gesamtbevölkerung zeigt sich bei Frage 3 ein klares Spannungsfeld zwischen dem Wunsch nach sicherheitspolitischer Eigenständigkeit und dem Vertrauen in westliche Bündnisse. Am häufigsten stimmen die Befragten der Aussage zu, dass Deutschland seine eigene Verteidigungsfähigkeit sicherstellen müsse – rund die Hälfte sieht hier eine zentrale Priorität. Gleichzeitig findet auch der Ansatz breite Zustimmung, dass Diplomatie Vorrang haben sollte und der Westen geschlossen auftreten müsse. Ebenfalls ein großer Teil unterstützt die Notwendigkeit gemeinsamer Abschreckung sowie die Idee, dass militärische Stärke zur Friedenssicherung beitragen könne.

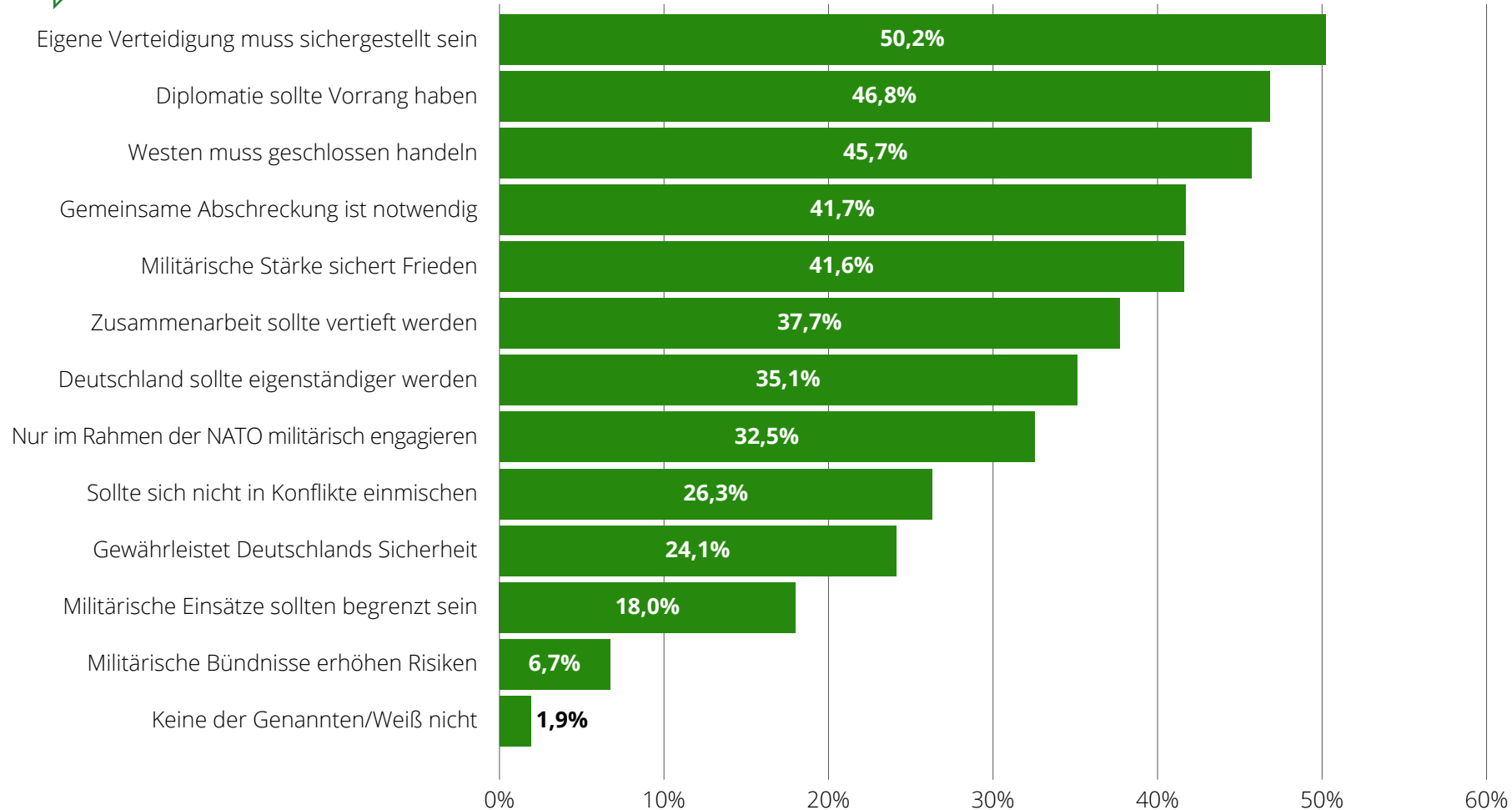
Ein Blick auf die Bundesländer verdeutlicht, dass sich diese Grundmuster regional unterscheiden: Während in westdeutschen Ländern häufiger Geschlossenheit und Abschreckung betont werden, ist in mehreren ostdeutschen Ländern die Zustimmung zu diplomatischen Ansätzen und einer stärkeren Zurückhaltung Deutschlands ausgeprägter.

Nach Alter bleibt das Bild insgesamt stabil. In allen Altersgruppen findet sich eine breite Unterstützung sowohl für die Sicherung eigener Verteidigungsfähigkeit als auch für eine enge Einbindung in westliche Strukturen. Jüngere betonen dabei etwas häufiger Kooperation und Diplomatie, während ältere Gruppen etwas stärker auf militärische Stärke und NATO-Rahmen setzen.

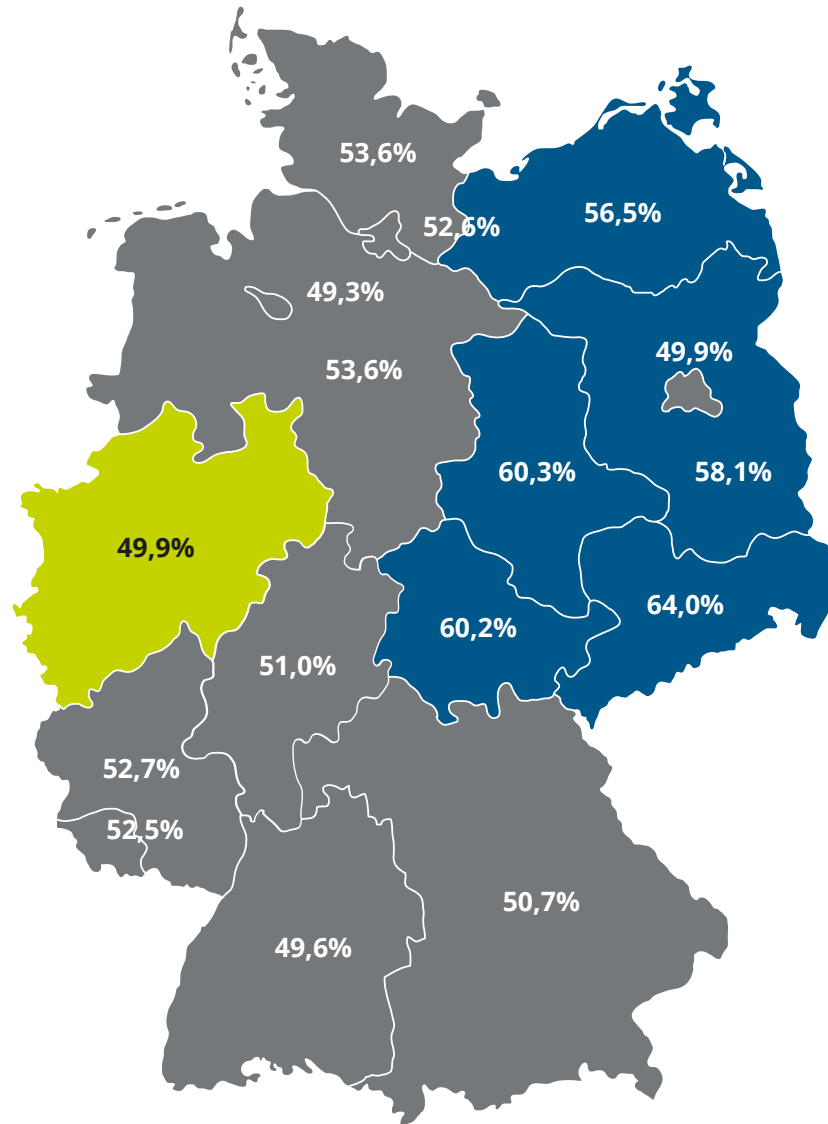




Welchen dieser Aussagen zur Rolle des Westens im Bezug auf die deutsche Sicherheitspolitik stimmen Sie zu?



Mehrfachantwort möglich | Stat. Fehler  
Gesamtergebnis: 2,7% | Stichproben-  
größe: 5.000 | Befragungszeitraum:  
27.01.26–28.01.26



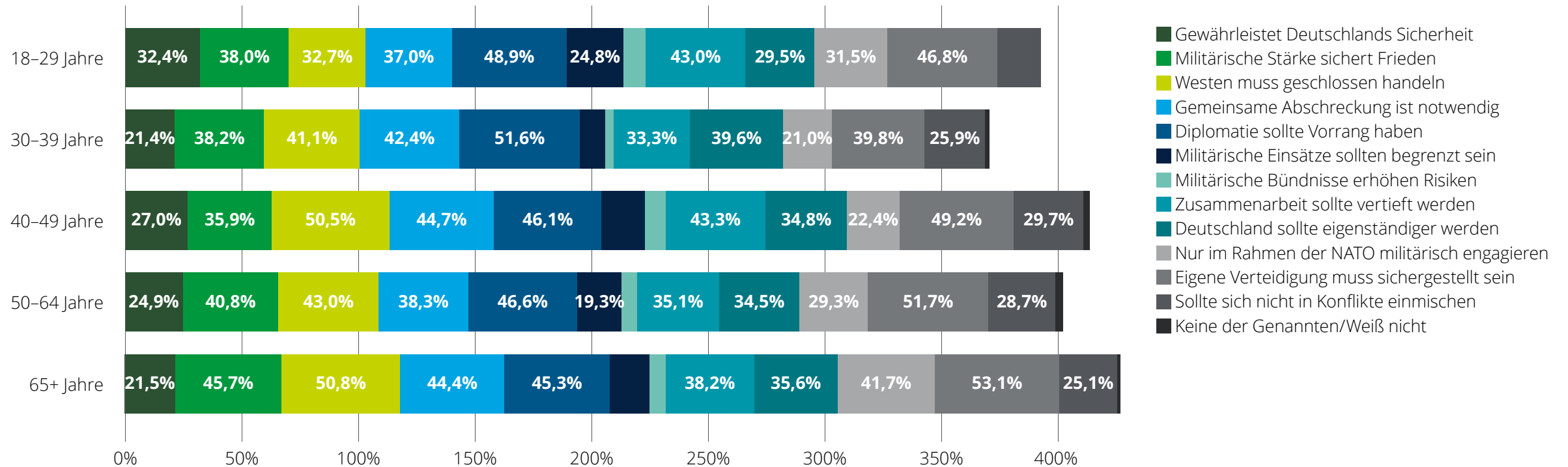
Welchen dieser Aussagen zur Rolle des Westens im Bezug auf die deutsche Sicherheitspolitik stimmen Sie zu?

- Gewährleistet Deutschlands Sicherheit
- Militärische Stärke sichert Frieden
- Westen muss geschlossen handeln
- Gemeinsame Abschreckung ist notwendig
- Diplomatie sollte Vorrang haben
- Militärische Einsätze sollten begrenzt sein
- Militärische Bündnisse erhöhen Risiken
- Zusammenarbeit sollte vertieft werden
- Deutschland sollte eigenständiger werden
- Nur im Rahmen der NATO militärisch engagieren
- Eigene Verteidigung muss sichergestellt sein
- Sollte sich nicht in Konflikte einmischen
- Keine der Genannten/Weiß nicht

### 03 | Die Rolle des Westens in der Sicherheitspolitik

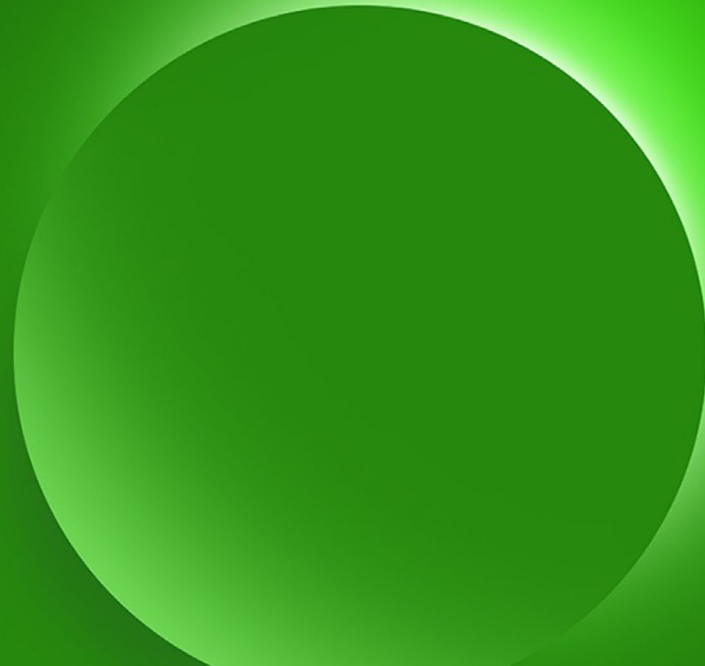


Welchen dieser Aussagen zur Rolle des Westens im Bezug auf die deutsche Sicherheitspolitik stimmen Sie zu?



Mehrfachantwort möglich | Stat. Fehler Gesamtergebnis: 2,7% | Stichprobengröße: 5.000 |  
Befragungszeitraum: 27.01.26–28.01.26 | Ausgewertet nach: Alter

# Veränderung der sicherheitspolitischen Lage Deutschlands





## 04 | Veränderung der sicherheitspolitischen Lage Deutschlands

In der Gesamtbevölkerung überwiegt bei dieser Frage ein deutlich pessimistischer Blick in die Zukunft. Mehr als die Hälfte der Befragten erwartet, dass sich die sicherheitspolitische Lage in Deutschland in den kommenden zwei Jahren verschlechtern wird. Rund ein Drittel geht davon aus, dass die Situation etwa gleich bleiben wird. Nur eine kleinere Minderheit rechnet mit einer Verbesserung.

Ein Blick auf die Bundesländer zeigt, dass diese skeptische Erwartung bundesweit verbreitet ist. In allen Regionen dominiert die Einschätzung einer Verschlechterung, wenngleich sie in einigen ostdeutschen Ländern besonders stark ausgeprägt ist.

Nach Alter ergeben sich insgesamt nur moderate Unterschiede. Auffällig ist vor allem, dass die jüngste Altersgruppe etwas häufiger an eine Verbesserung glaubt, während in den übrigen Altersgruppen die Erwartung einer Verschlechterung klar im Vordergrund steht.

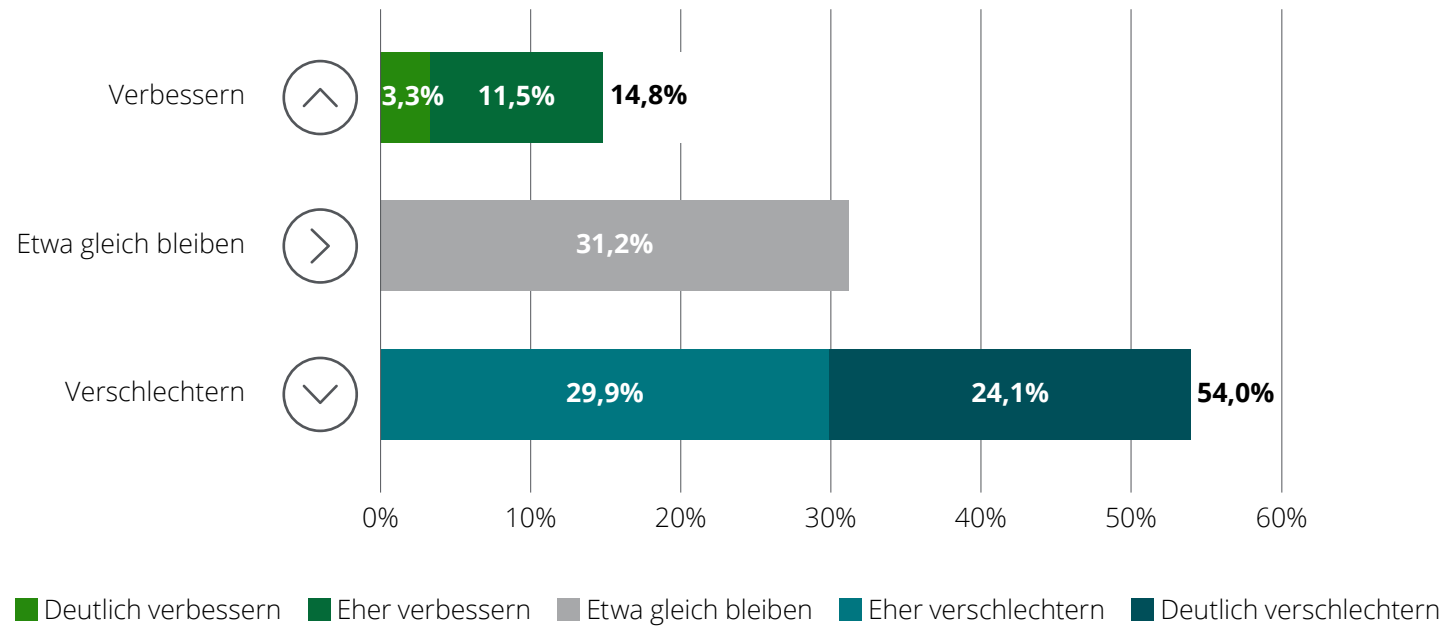




## 04 | Veränderung der sicherheitspolitischen Lage Deutschlands

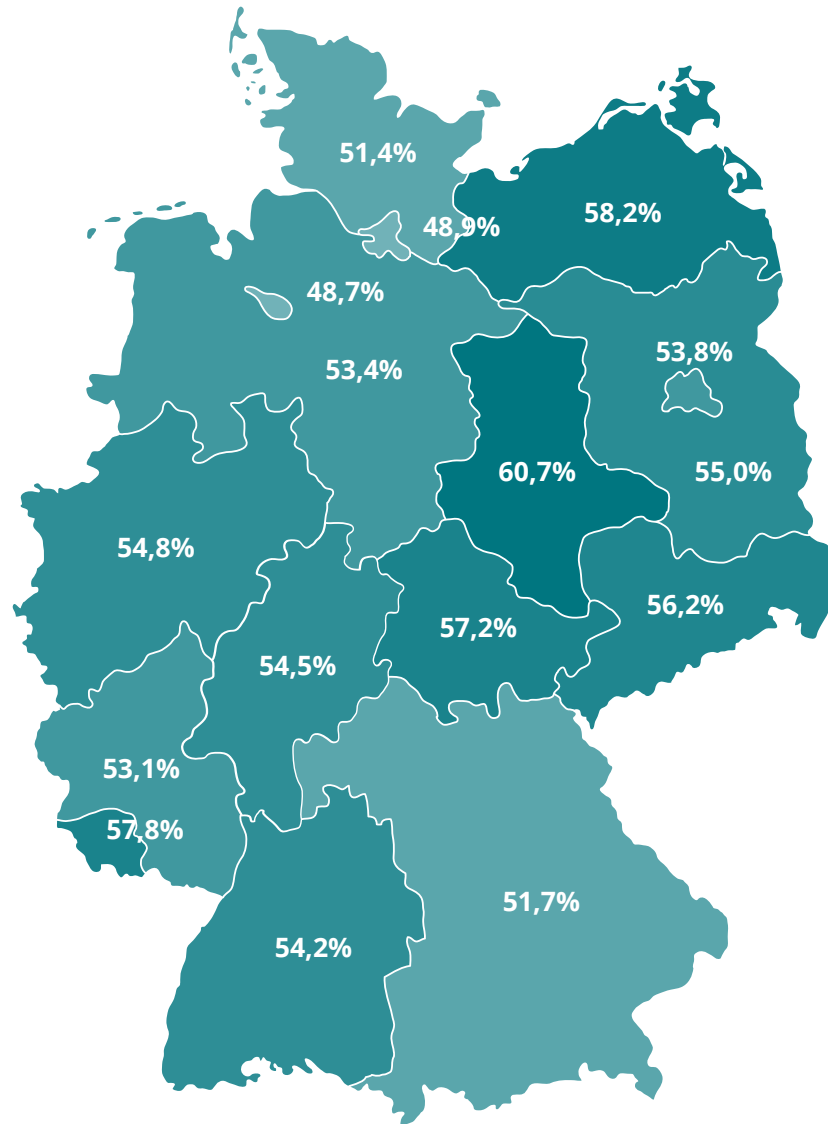


Wie wird sich die sicherheitspolitische Lage in Deutschland ihrer Meinung nach in den kommenden zwei Jahren verändern?



Stat. Fehler Gesamtergebnis: 2,7% | Stichprobengröße: 5.000 |  
Befragungszeitraum: 27.01.26–28.01.26

## 04 | Veränderung der sicherheitspolitischen Lage Deutschlands



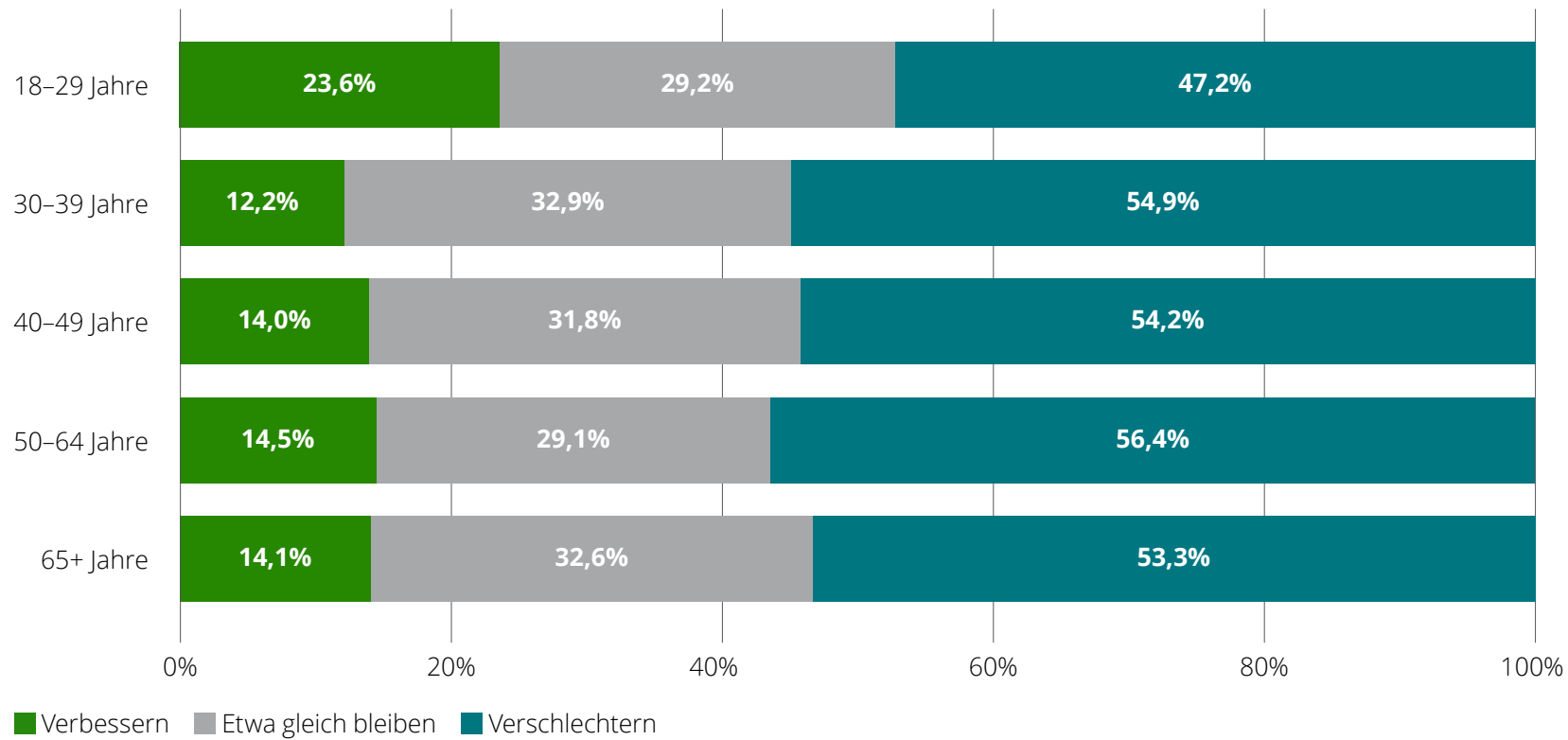
Wie wird sich die sicherheitspolitische Lage in Deutschland ihrer Meinung nach in den kommenden zwei Jahren verändern?

- Verbessern
- Etwa gleich bleiben
- Verschlechtern

## 04 | Veränderung der sicherheitspolitischen Lage Deutschlands

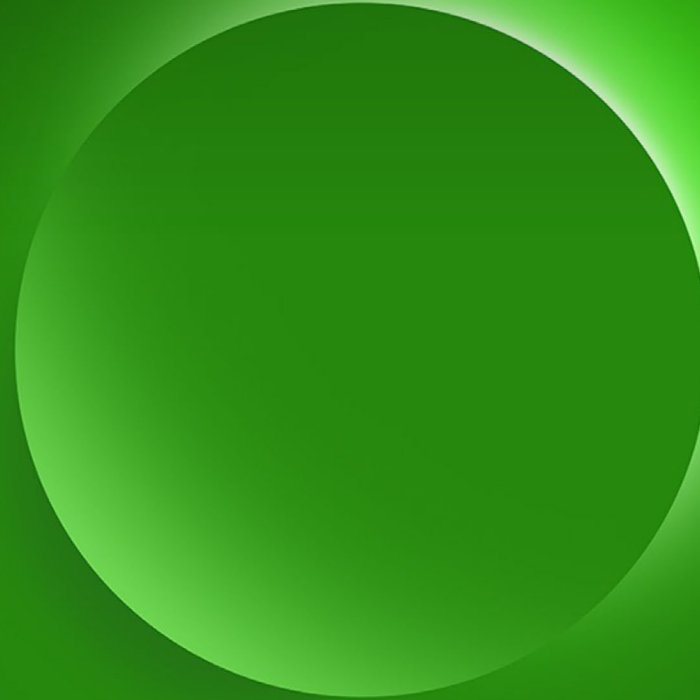


Wie wird sich die sicherheitspolitische Lage in Deutschland ihrer Meinung nach in den kommenden zwei Jahren verändern?



Stat. Fehler Gesamtergebnis: 2,7% | Stichprobengröße: 5.000 | Befragungszeitraum: 27.01.26–28.01.26 |  
Ausgewertet nach: Alter

# Sicherheitspolitische Zusammenarbeit der NATO



## 05 | Sicherheitspolitische Zusammenarbeit der NATO

In der Gesamtbevölkerung dominiert bei dieser Frage eine klar negative Einschätzung: Rund drei Fünftel der Befragten haben das Gefühl, dass sich die sicherheitspolitische Zusammenarbeit innerhalb der NATO in den vergangenen zwei Jahren eher verschlechtert hat. Etwa ein Fünftel sieht keine Veränderung, und nur eine vergleichsweise kleine Minderheit nimmt eine Verbesserung wahr.

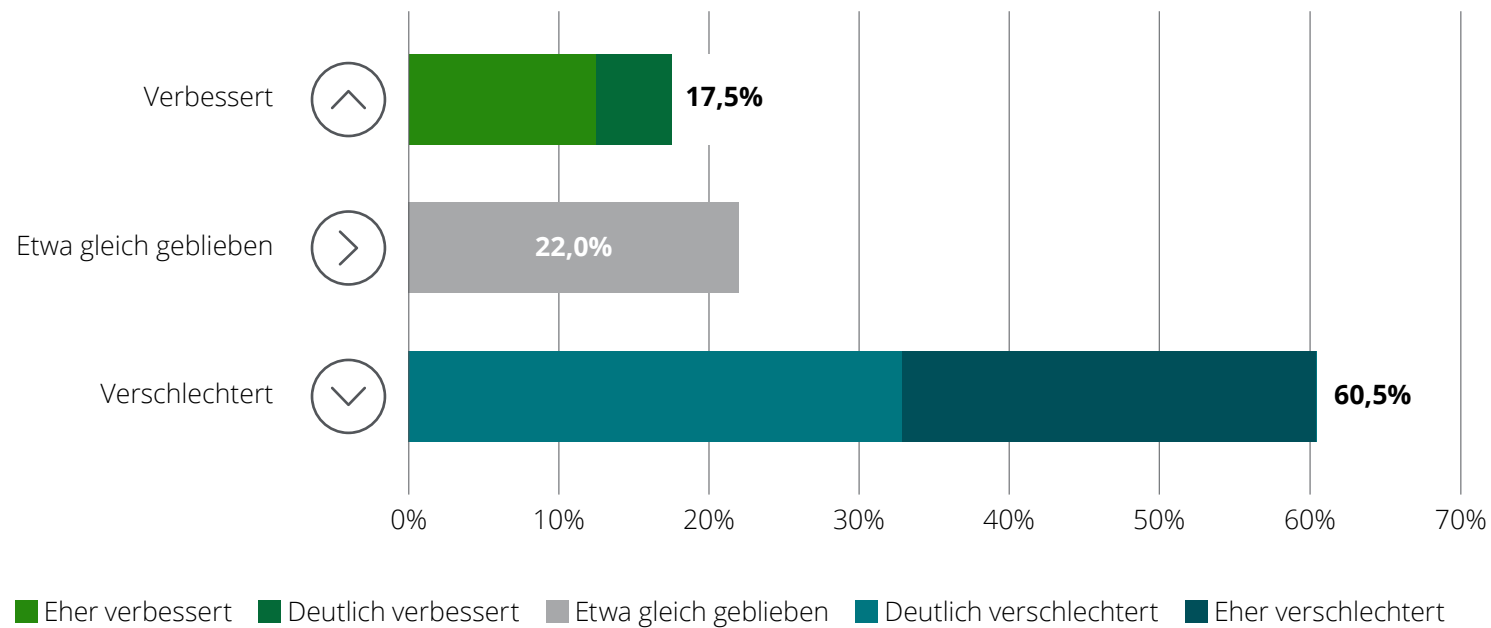
Ein Blick auf die Bundesländer zeigt, dass diese skeptische Bewertung nahezu überall vorherrscht. In allen Regionen überwiegt deutlich der Eindruck einer Verschlechterung, wobei die Zustimmung dazu in einigen ostdeutschen Ländern noch etwas stärker ausfällt.

Nach Alter bleibt das Muster ebenfalls weitgehend stabil. In allen Altersgruppen ist die Wahrnehmung einer Verschlechterung am verbreitetsten. Lediglich kleinere Abweichungen zeigen sich darin, dass die mittleren Altersgruppen etwas häufiger eine Verbesserung erkennen, während besonders bei den 30- bis 39-Jährigen die negative Einschätzung besonders ausgeprägt ist.



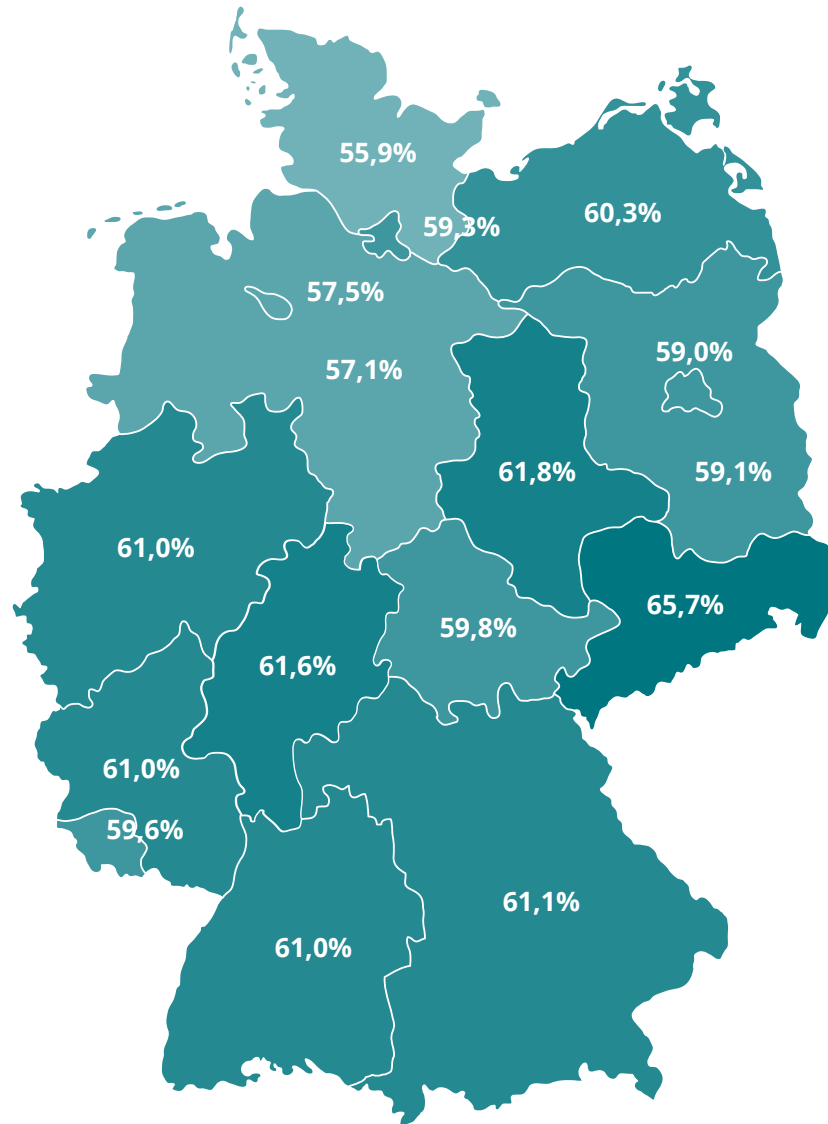


Haben Sie das Gefühl, dass sich die sicherheitspolitische Zusammenarbeit innerhalb der NATO in den letzten zwei Jahren eher verschlechtert oder eher verbessert hat?



Stat. Fehler Gesamtergebnis: 2,7% | Stichprobengröße: 5.000 |  
Befragungszeitraum: 27.01.26–28.01.26





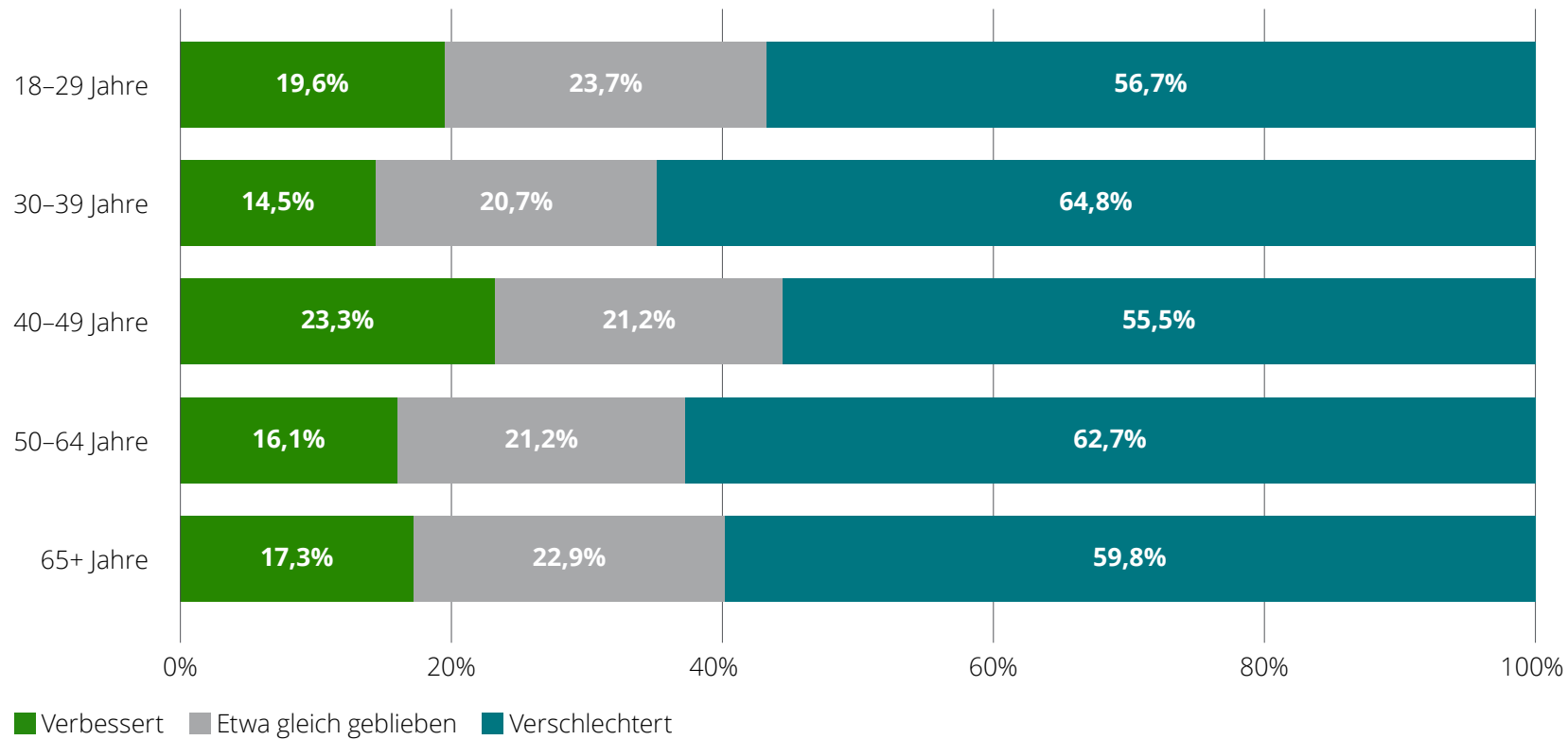
Haben Sie das Gefühl, dass sich die sicherheitspolitische Zusammenarbeit innerhalb der NATO in den letzten zwei Jahren eher verschlechtert oder eher verbessert hat?

- Verbessert
- Etwa gleich geblieben
- Verschlechtert

## 05 | Sicherheitspolitische Zusammenarbeit der NATO



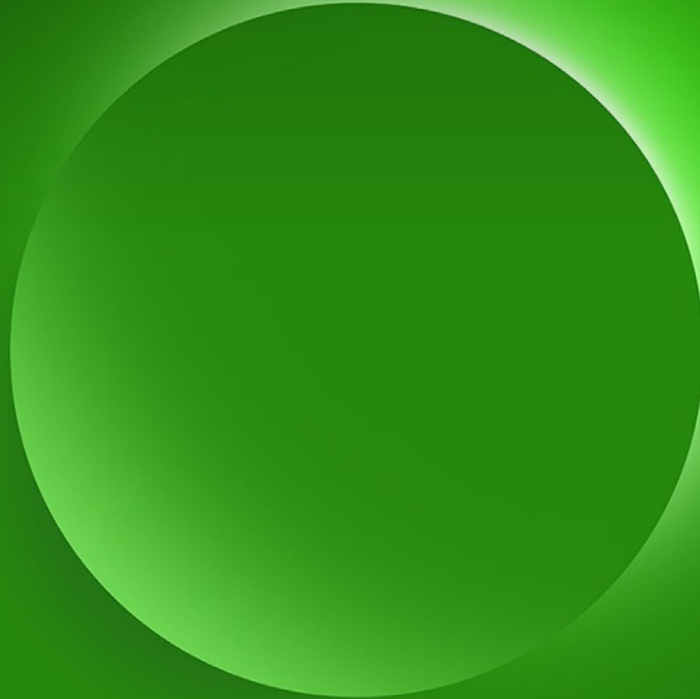
Haben Sie das Gefühl, dass sich die sicherheitspolitische Zusammenarbeit innerhalb der NATO in den letzten zwei Jahren eher verschlechtert oder eher verbessert hat?



Stat. Fehler Gesamtergebnis: 2,7% | Stichprobengröße: 5.000 | Befragungszeitraum: 27.01.26–28.01.26 |  
Ausgewertet nach: Alter



# Wichtige sicherheitspolitische Partner



## 06 | Wichtige sicherheitspolitische Partner

In der Gesamtbevölkerung genießt vor allem die Europäische Union das größte Vertrauen als sicherheitspolitischer Partner für Deutschland. Rund zwei Drittel nennen die EU an erster Stelle. Auch Großbritannien wird von etwa der Hälfte der Befragten als verlässlicher Partner wahrgenommen. Deutlich geringer fällt dagegen das Vertrauen in die USA aus, die nur von einer kleineren Minderheit genannt werden. Russland, China und Indien spielen insgesamt nur eine untergeordnete Rolle, während ein gewisser Anteil auch andere Staaten nennt oder keine klare Einschätzung abgibt.

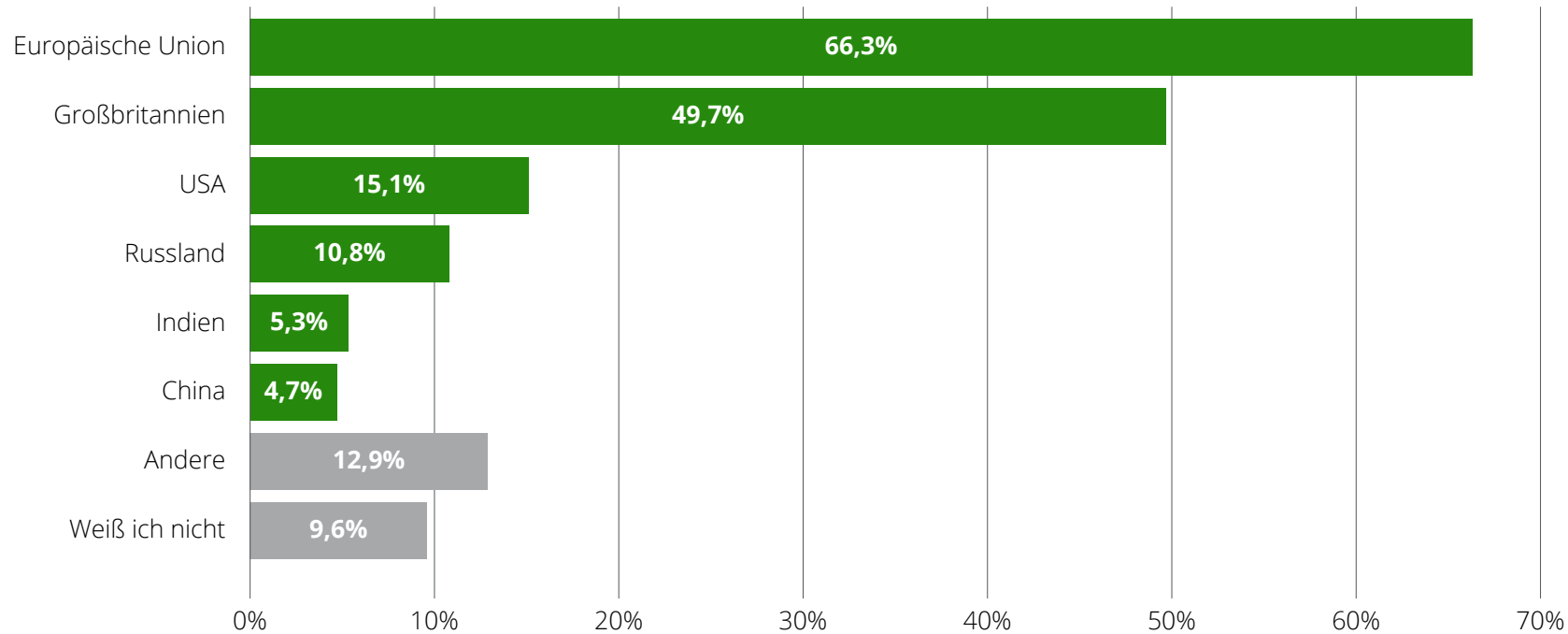
Ein Blick auf die Bundesländer zeigt, dass das hohe Vertrauen in die EU nahezu überall dominiert. In mehreren ostdeutschen Ländern ist allerdings das Vertrauen in Russland und China etwas stärker ausgeprägt und zugleich der Anteil unsicherer Antworten höher als im Westen.

Nach Alter bleibt das Grundmuster weitgehend stabil. In allen Altersgruppen steht die EU klar an erster Stelle. Jüngere Befragte nennen etwas häufiger die USA, während ältere Gruppen etwas öfter das Vereinigte Königreich als wichtigen Partner hervorheben.

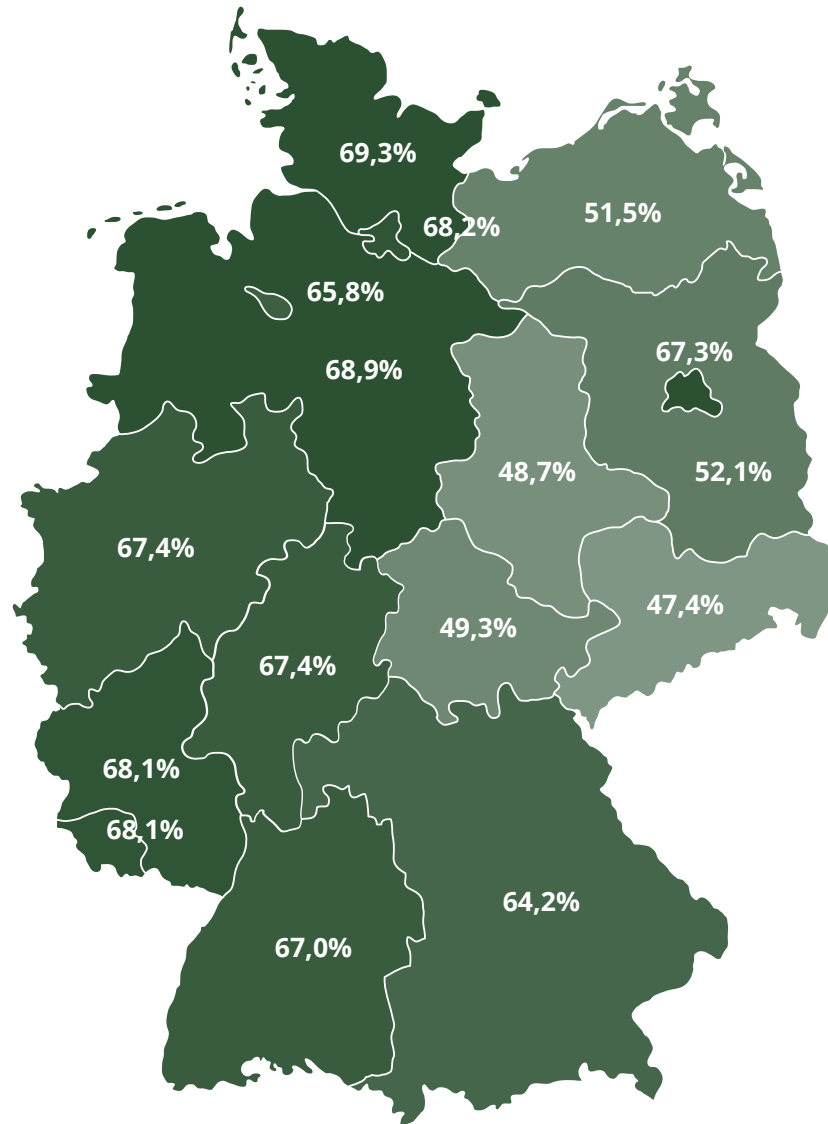




Welchen der folgenden Staaten vertrauen Sie am meisten als sicherheitspolitische Partner für Deutschland?



Mehrfachantwort möglich | Stat. Fehler Gesamtergebnis: 2,7% | Stichprobengröße: 5.000 |  
Befragungszeitraum: 27.01.26–28.01.26



Welchen der folgenden Staaten vertrauen Sie am meisten als sicherheitspolitische Partner für Deutschland?

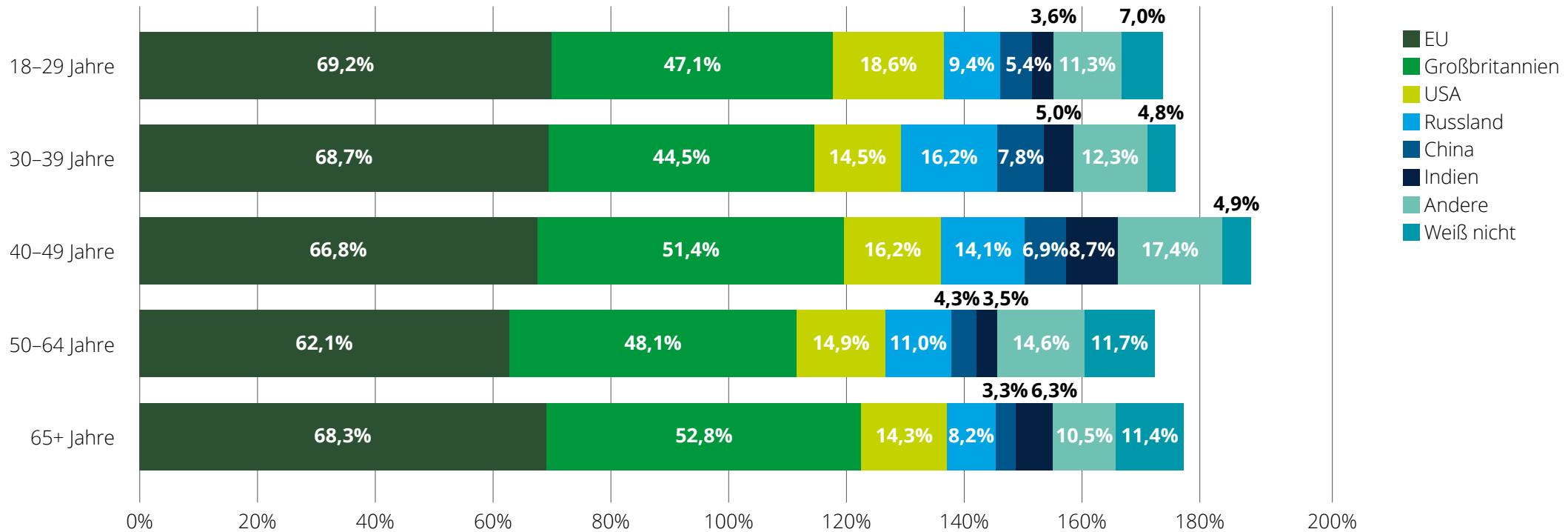
- EU
- Großbritannien
- USA
- Russland
- China
- Indien
- Andere
- Weiß nicht



## 06 | Wichtige sicherheitspolitische Partner

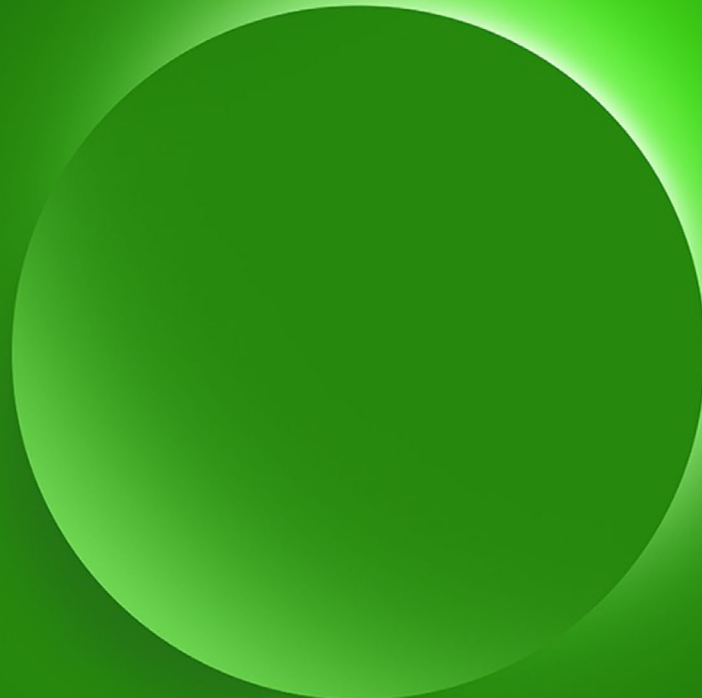


Welchen der folgenden Staaten vertrauen Sie am meisten als sicherheitspolitische Partner für Deutschland?



Mehrfachantwort möglich | Stat. Fehler Gesamtergebnis: 2,7% | Stichprobengröße: 5.000 |  
Befragungszeitraum: 27.01.26-28.01.26 | Ausgewertet nach: Alter

# Deutschlands Rolle in der Krisenbewältigung



## 07 | Deutschlands Rolle in der Krisenbewältigung

In der Gesamtbevölkerung spricht sich knapp die Hälfte dafür aus, dass Deutschland bei der globalen Krisenbewältigung vor allem eine unterstützende Rolle als „Mitgestalter“ einnehmen sollte. Rund ein gutes Viertel bevorzugt eine neutrale Haltung als „Beobachter“. Eine führende Rolle als „Vorreiter“ wird hingegen nur von einer kleineren Gruppe befürwortet. Der Anteil derjenigen, die keine klare Position angeben, bleibt vergleichsweise gering.

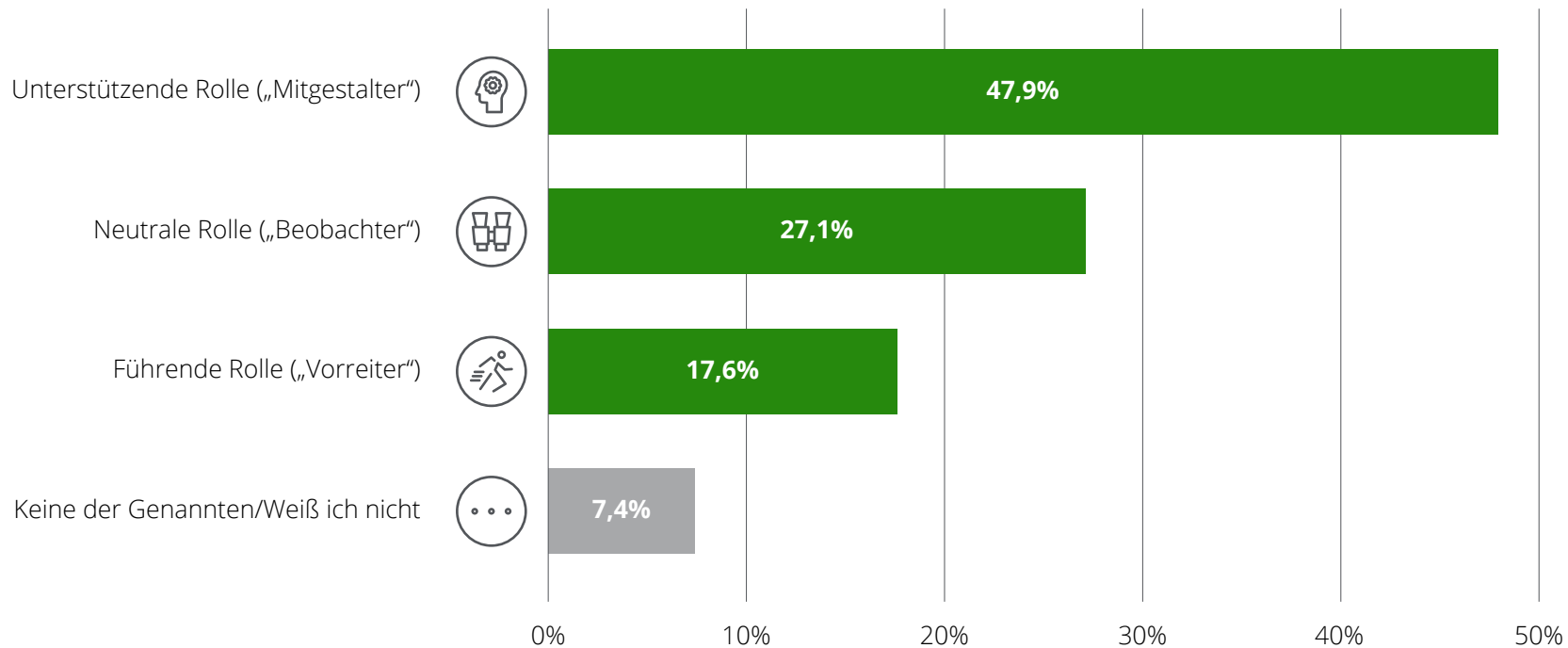
Ein Blick auf die Bundesländer zeigt, dass die unterstützende Rolle nahezu überall dominiert. In einigen ostdeutschen Ländern fällt jedoch der Wunsch nach einer neutralen Beobachterrolle deutlich stärker aus als in westdeutschen Regionen.

Nach Alter bleibt das Muster insgesamt stabil. Auffällig ist lediglich, dass die Altersgruppe der 30–39 Jährigen etwas häufiger eine führende Rolle unterstützt, während ältere Befragte besonders stark zur unterstützenden Mitgestalterrolle tendieren.

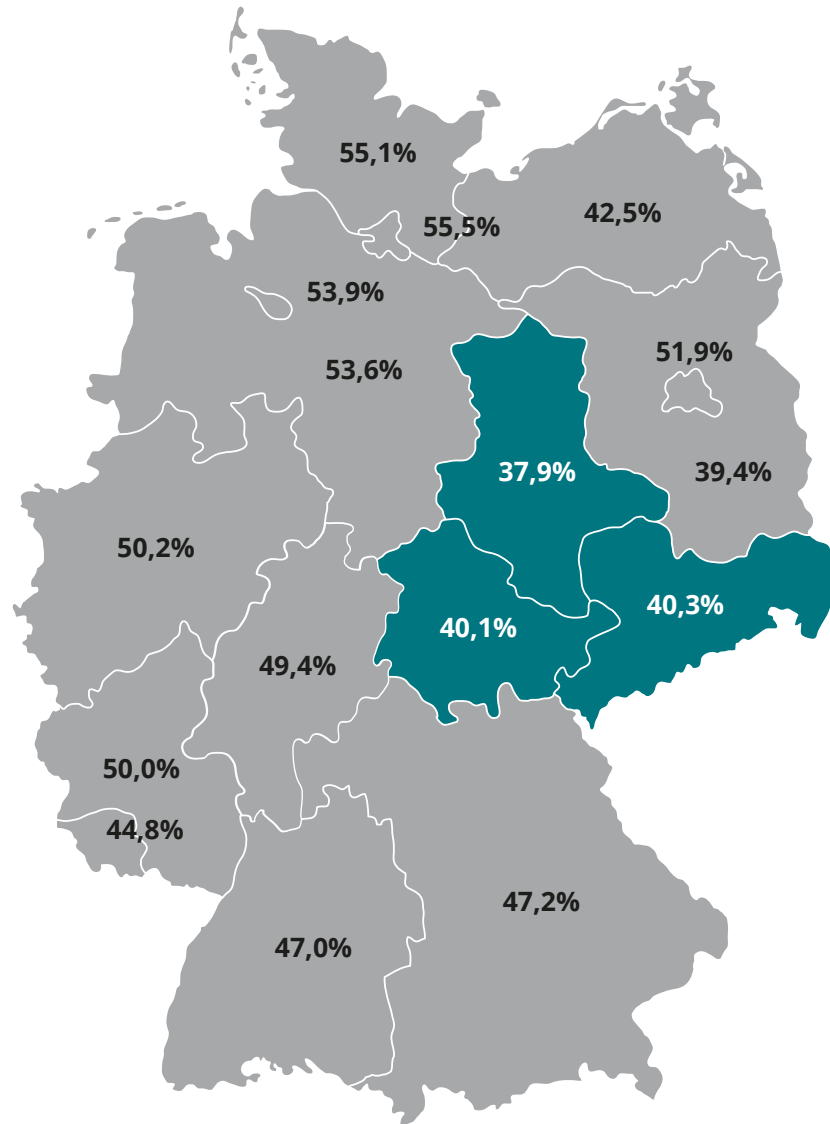




Welche dieser Rollen sollte Deutschland Ihrer Meinung nach bei der globalen Krisenbewältigung einnehmen?



Stat. Fehler Gesamtergebnis: 2,7% | Stichprobengröße: 5.000 |  
Befragungszeitraum: 27.01.26–28.01.26



Welche dieser Rollen sollte Deutschland Ihrer Meinung nach bei der globalen Krisenbewältigung einnehmen?

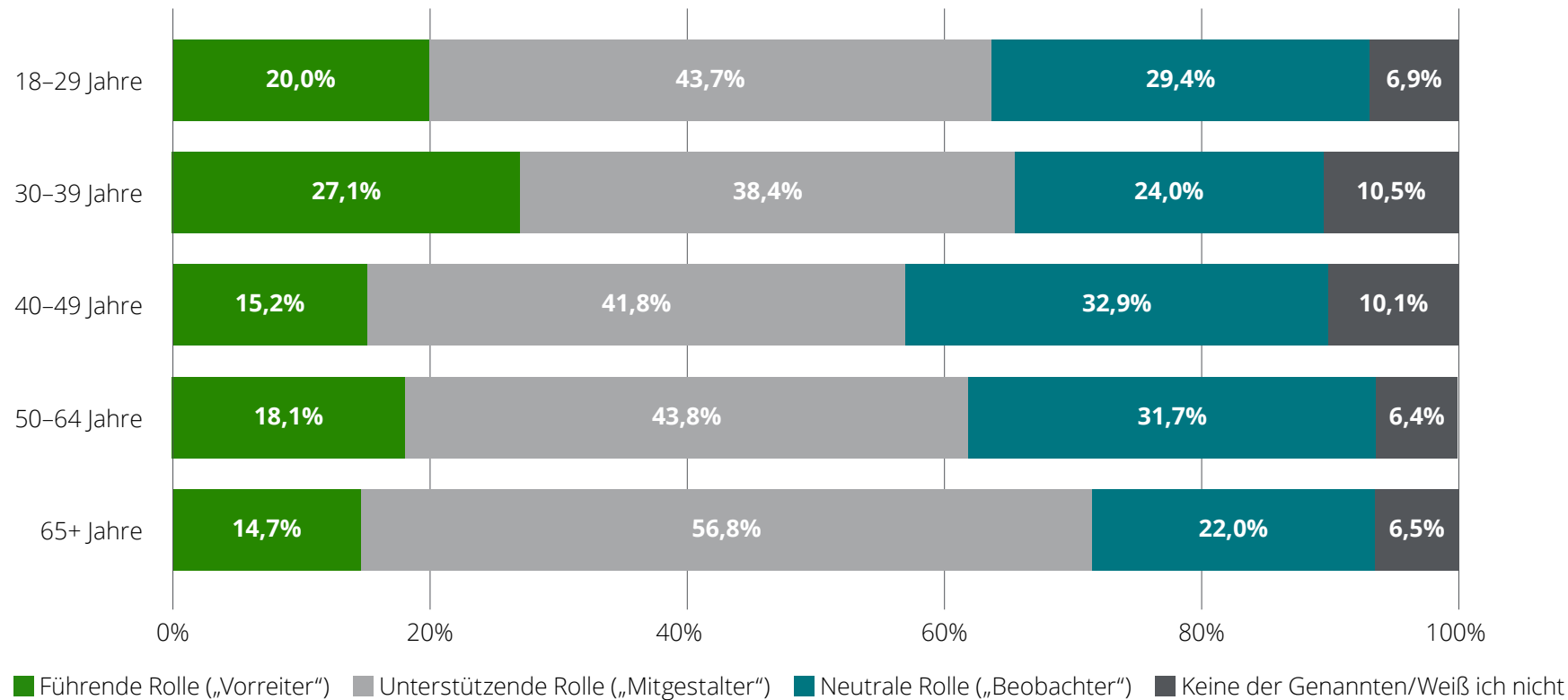
- Führende Rolle („Vorreiter“)
- Unterstützende Rolle („Mitgestalter“)
- Neutrale Rolle („Beobachter“)
- Keine der Genannten/Weiß ich nicht



## 07 | Deutschlands Rolle in der Krisenbewältigung

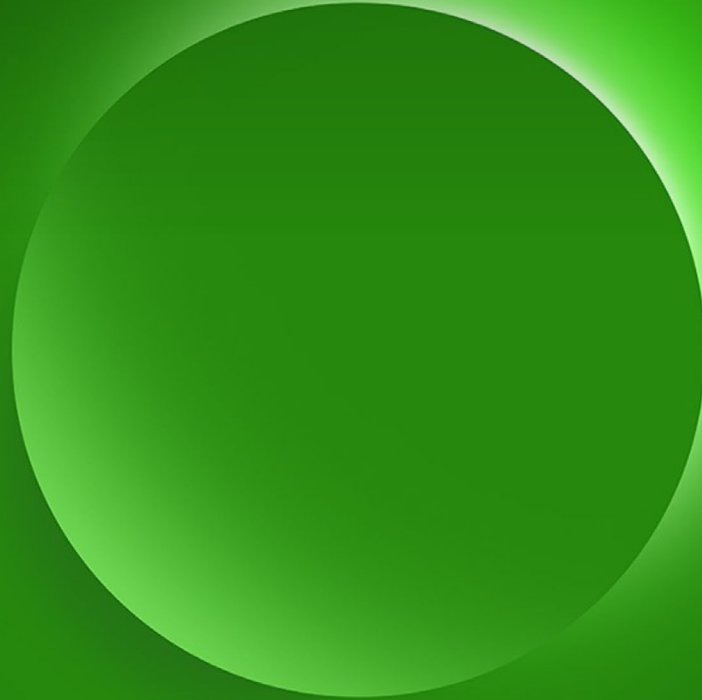


Welche dieser Rollen sollte Deutschland Ihrer Meinung nach bei der globalen Krisenbewältigung einnehmen?



Stat. Fehler Gesamtergebnis: 2,7% | Stichprobengröße: 5.000 | Befragungszeitraum: 27.01.26–28.01.26 |  
Ausgewertet nach: Alter

# Wege für stärkeres internationales Engagement



## 08 | Wege für stärkeres internationales Engagement

In der Gesamtbevölkerung zeigt sich der Wunsch nach einem internationalen Engagement, das sowohl auf mehr Eigenständigkeit als auch auf starke Bündnisse setzt. Am häufigsten wird gefordert, strategische Abhängigkeiten zu reduzieren. Zugleich wünschen sich viele Befragte eine stärkere Zusammenarbeit innerhalb der NATO. Damit verbinden sie das Ziel, sicherheitspolitisch unabhängiger zu werden, ohne die Einbindung in bestehende Bündnisse aufzugeben. Auch diplomatische Vermittlung in Konflikten sowie internationale Sicherheitsbündnisse finden breite Zustimmung. Wirtschaftliche Maßnahmen wie Sanktionen spielen ebenfalls für einen großen Teil eine wichtige Rolle.

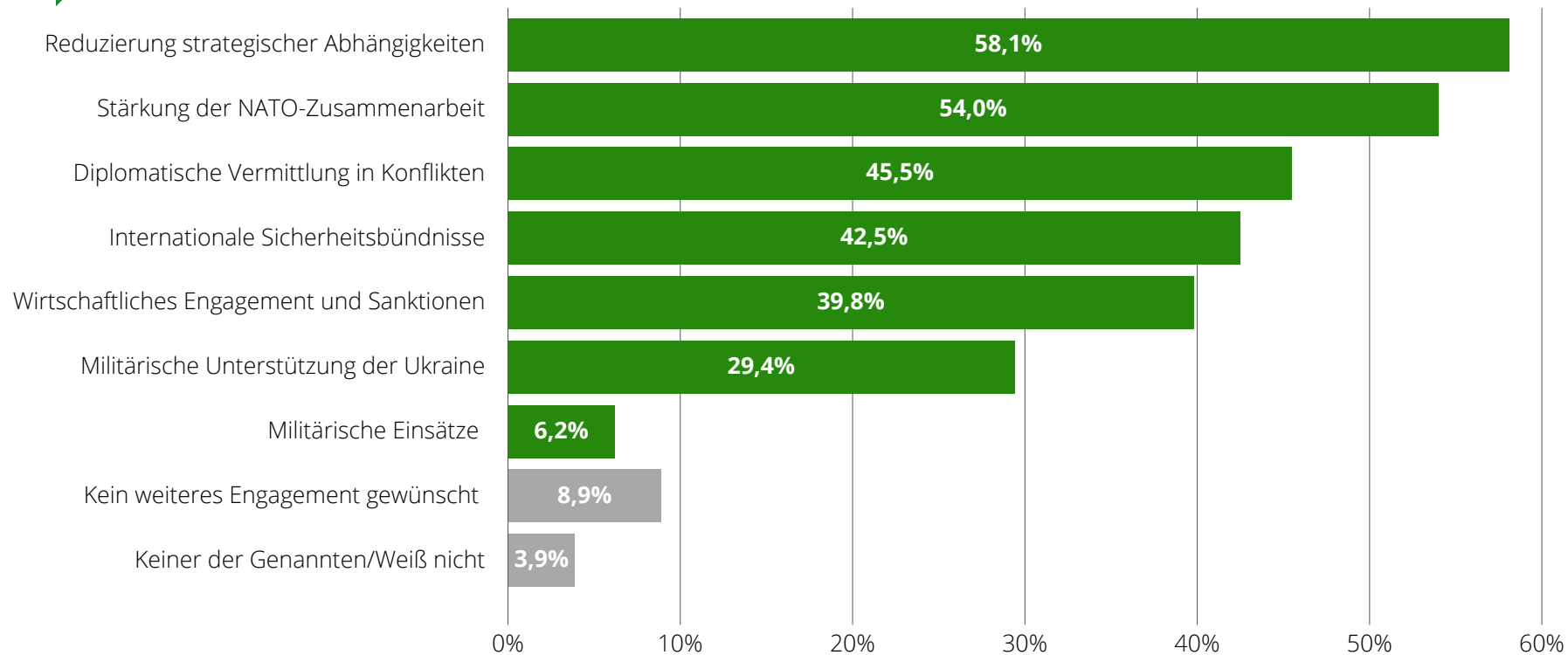
Militärische Optionen werden dagegen deutlich zurückhaltender gesehen: Eine militärische Unterstützung der Ukraine wird nur von einer kleineren Gruppe genannt, während klassische militärische Einsätze kaum Zustimmung erhalten. Ein gewisser Anteil wünscht sich zudem gar kein weiteres Engagement.

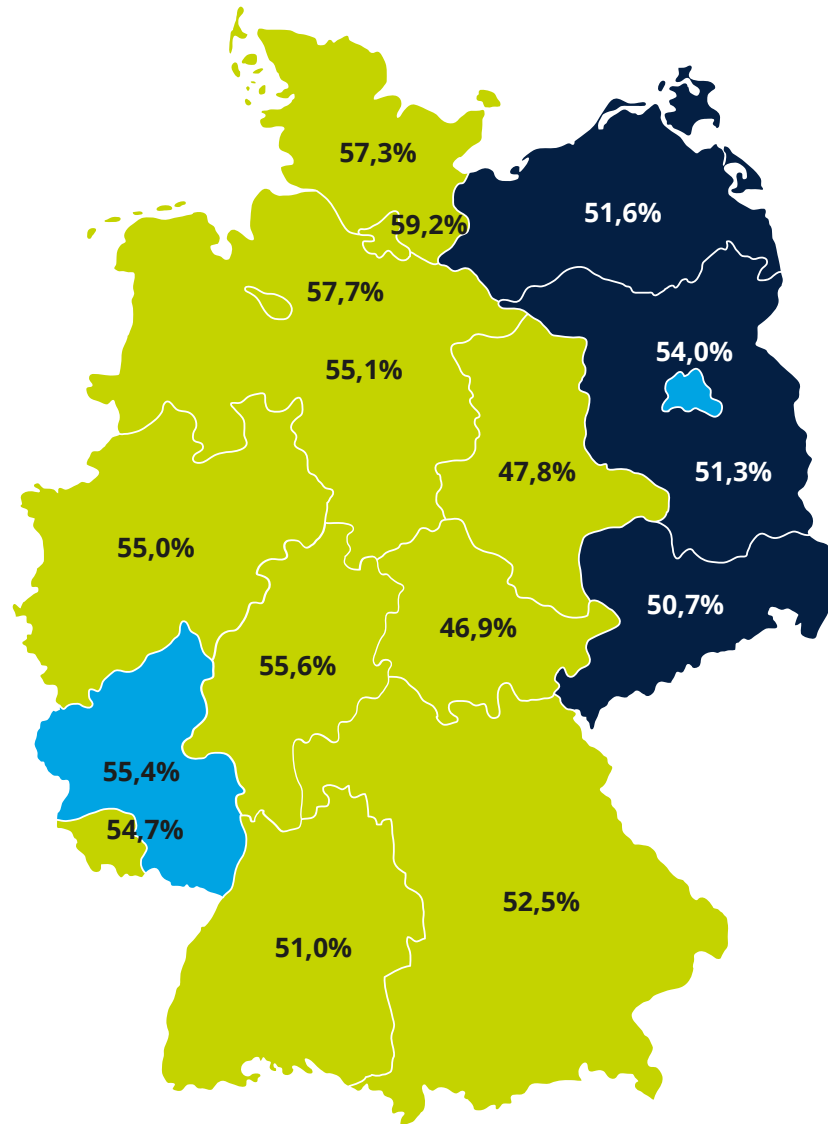
Ein Blick auf die Bundesländer zeigt ähnliche Grundmuster, allerdings mit spürbaren Unterschieden zwischen West- und Ostdeutschland: In mehreren ostdeutschen Ländern ist die Zustimmung zu NATO-Stärkung und Ukraine-Unterstützung geringer, während diplomatische Ansätze dort stärker betont werden.





Über welche dieser Wege sollte sich Deutschland Ihrer Meinung nach stärker international engagieren?





Über welche dieser Wege sollte sich Deutschland Ihrer Meinung nach stärker international engagieren?

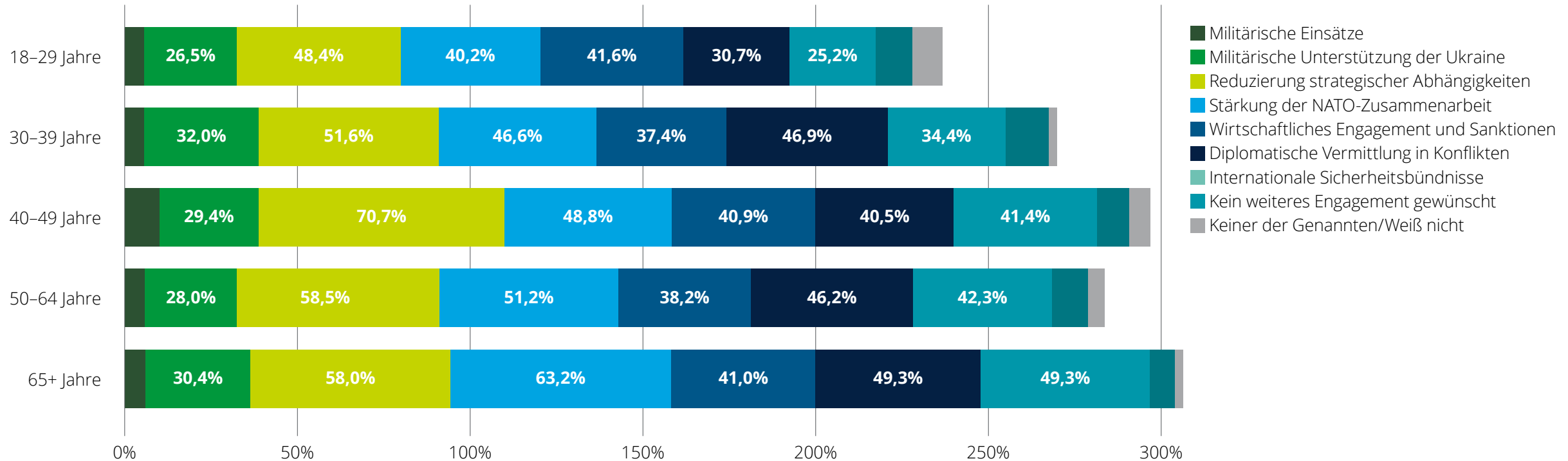
- Militärische Einsätze
- Militärische Unterstützung der Ukraine
- Reduzierung strategischer Abhängigkeiten
- Stärkung der NATO-Zusammenarbeit
- Wirtschaftliches Engagement und Sanktionen
- Diplomatische Vermittlung in Konflikten
- Internationale Sicherheitsbündnisse
- Kein weiteres Engagement gewünscht
- Keiner der Genannten/Weiß nicht



## 08 | Wege für stärkeres internationales Engagement



Über welche dieser Wege sollte sich Deutschland Ihrer Meinung nach stärker international engagieren?



Mehrfachantwort möglich | Stat. Fehler Gesamtergebnis: 2,7% | Stichprobengröße: 5.000 |  
Befragungszeitraum: 27.01.26–28.01.26 | Ausgewertet nach: Alter

# Genutzte Informationskanäle für sicherheitspolitische Themen



## 09 | Genutzte Informationskanäle für sicherheitspolitische Themen

In der Gesamtbevölkerung dominieren bei der Information über sicherheitspolitische Themen klar die klassischen Nachrichtenmedien. Rund zwei Drittel nennen Zeitungen und Nachrichtenportale als wichtigste Quelle, gefolgt vom öffentlich-rechtlichen Fernsehen, das ebenfalls von einer großen Mehrheit genutzt wird. Private Fernsehsender spielen dagegen nur für etwa ein Fünftel eine Rolle. Digitale Formate wie Podcasts oder YouTube-Kanäle werden von einer kleineren, aber dennoch relevanten Gruppe genannt, während soziale Netzwerke nur für eine Minderheit zu den Hauptinformationsquellen zählen.

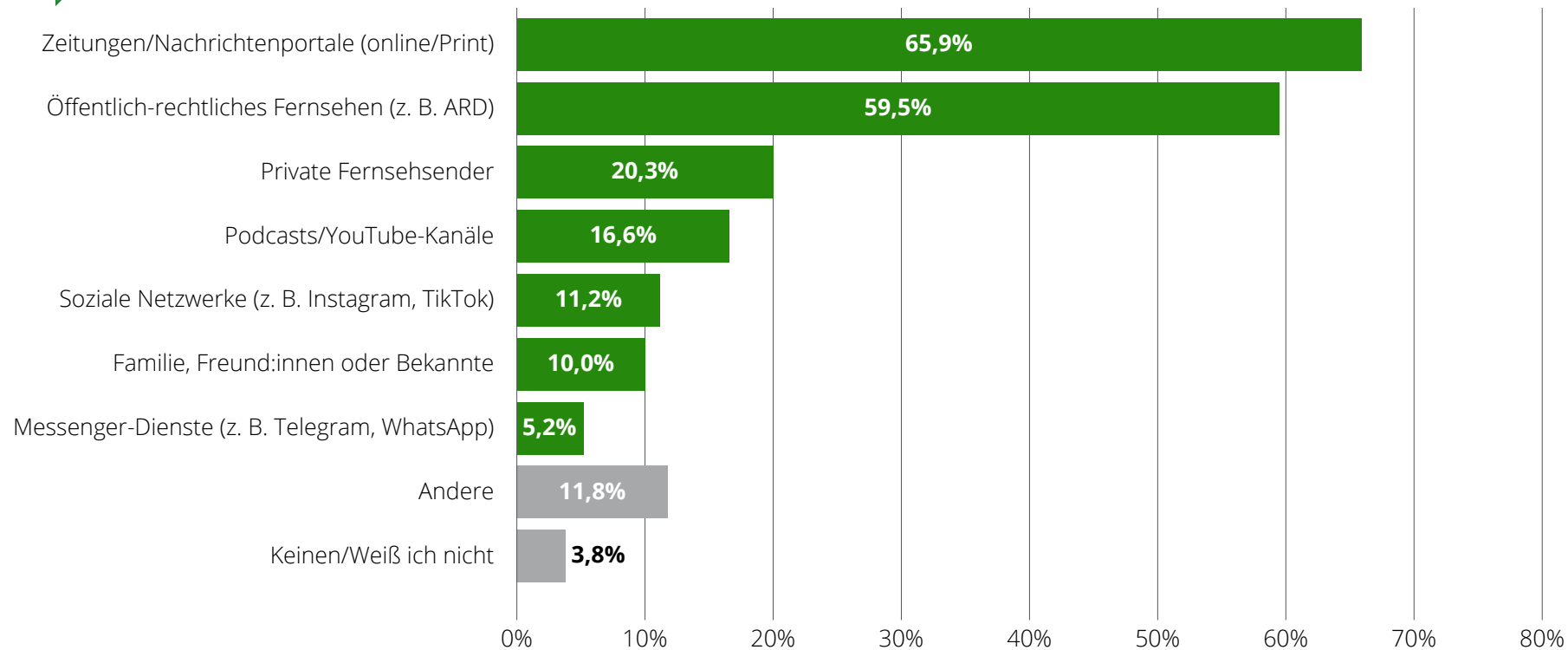
Ein Blick auf die Bundesländer zeigt insgesamt ein sehr ähnliches Muster. In allen Regionen stehen Zeitungen und öffentlich-rechtliche Angebote an erster Stelle, wobei in ostdeutschen Ländern etwas häufiger auch soziale Netzwerke oder persönliche Kontakte als Informationsquelle genannt werden.

Nach Alter treten deutlichere Unterschiede auf: Jüngere Befragte informieren sich wesentlich häufiger über soziale Netzwerke sowie Podcasts und YouTube, während ältere Gruppen besonders stark auf öffentlich-rechtliches Fernsehen und klassische Print- bzw. Online-Nachrichten setzen. Insgesamt bleibt sicherheitspolitische Information damit vor allem durch etablierte Medien geprägt, ergänzt durch digitale Kanäle bei den Jüngeren.

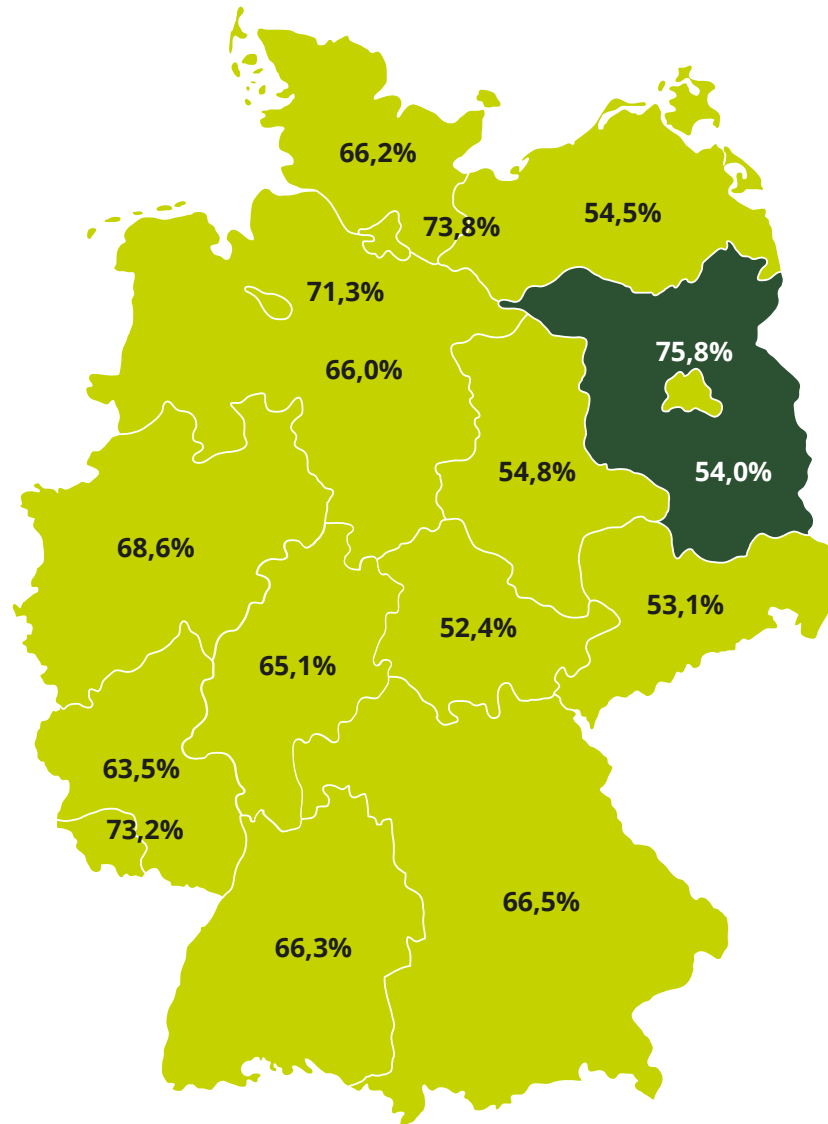




Über welche Medien/Kanäle informieren Sie sich hauptsächlich über sicherheitspolitische Themen?



## 09 | Genutzte Informationskanäle für sicherheitspolitische Themen



Über welche Medien/Kanäle informieren Sie sich hauptsächlich über sicherheitspolitische Themen?

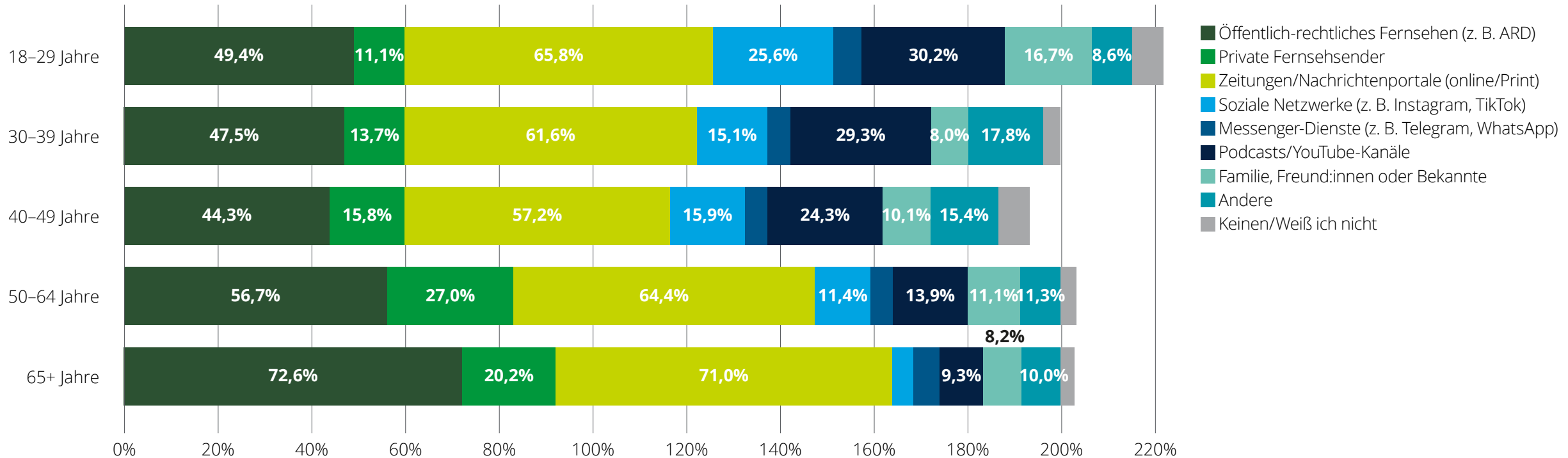
- Öffentlich-rechtliches Fernsehen (z. B. ARD)
- Private Fernsehsender
- Zeitungen/Nachrichtenportale (online/Print)
- Soziale Netzwerke (z. B. Instagram, TikTok)
- Messenger-Dienste (z. B. Telegram, WhatsApp)
- Podcasts/YouTube-Kanäle
- Familie, Freund:innen oder Bekannte
- Andere
- Keinen/Weiß ich nicht



## 09 | Genutzte Informationskanäle für sicherheitspolitische Themen

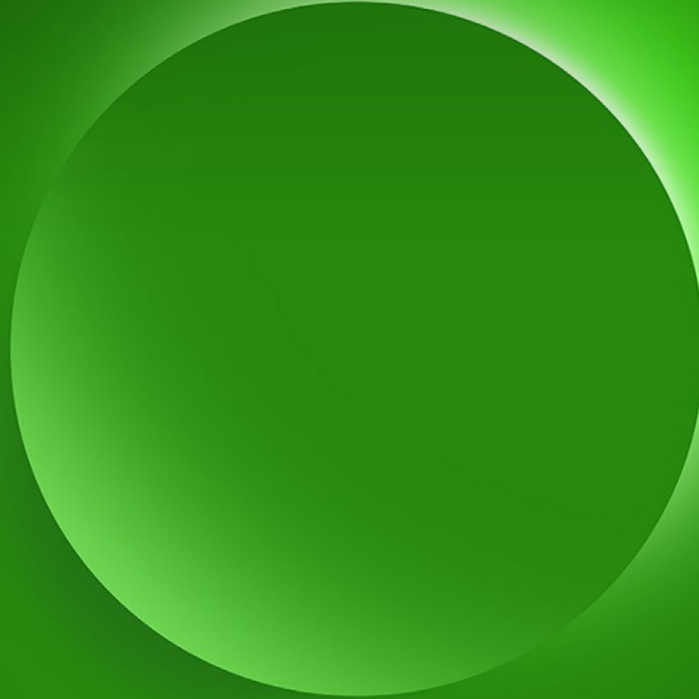


Über welche Medien/Kanäle informieren Sie sich hauptsächlich über sicherheitspolitische Themen?



Mehrfachantwort möglich | Stat. Fehler Gesamtergebnis: 2,7% | Stichprobengröße: 5.000 |  
Befragungszeitraum: 27.01.26-28.01.26 | Ausgewertet nach: Alter

# Verteidigungsfähigkeit Deutschlands



## 10 | Verteidigungsfähigkeit Deutschlands

In der Gesamtbevölkerung dominiert bei der Einschätzung der Verteidigungsfähigkeit Deutschlands ein klar skeptisches Bild: mehr als drei Viertel halten sie für gering. Nur eine sehr kleine Minderheit bewertet sie als hoch, während ein begrenzter Anteil unentschieden bleibt. Insgesamt zeigt sich damit ein deutlicher Vertrauensmangel in die militärische Handlungsfähigkeit Deutschlands.

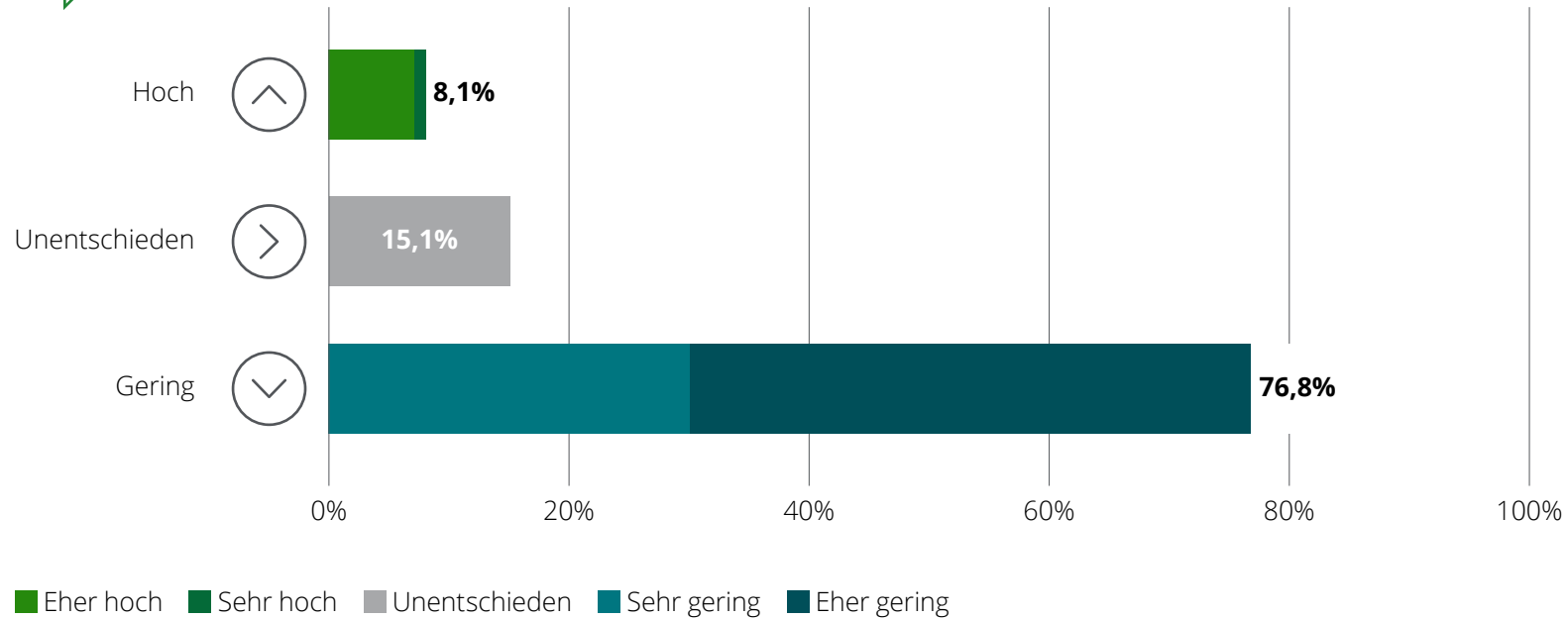
Ein Blick auf die Bundesländer bestätigt dieses Muster weitgehend: In allen Ländern überwiegt klar die Einschätzung „gering“. Unterschiede zeigen sich vor allem bei der Unentschiedenheit, die in einigen ostdeutschen Ländern etwas stärker ausfällt.

Nach Alter sind die Unterschiede etwas ausgeprägter. Besonders die 18- bis 29-Jährigen bewerten die Verteidigungsfähigkeit vergleichsweise häufiger als hoch, während in den mittleren und älteren Altersgruppen die Einschätzung „gering“ noch dominanter ausfällt.



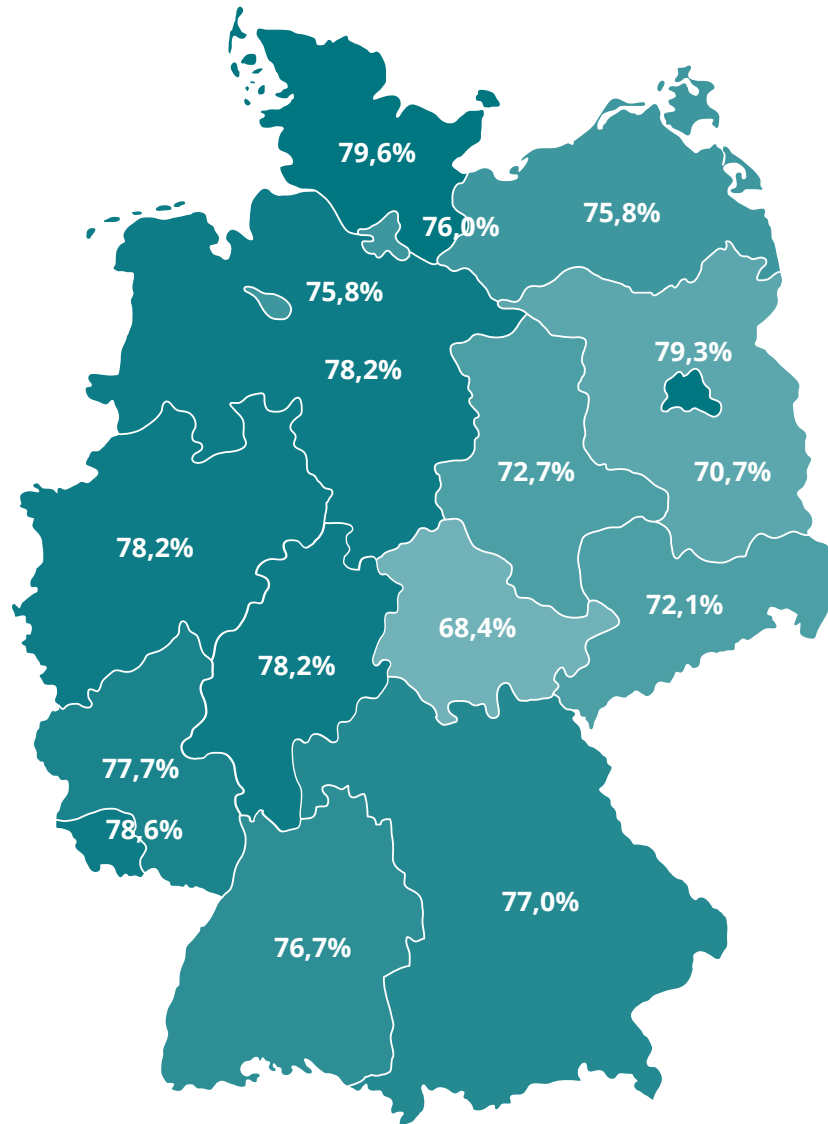


Wie schätzen Sie die Verteidigungsfähigkeit Deutschlands ein?



Stat. Fehler Gesamtergebnis: 2,7% | Stichprobengröße: 5.000 |  
Befragungszeitraum: 27.01.26–28.01.26

## 10 | Verteidigungsfähigkeit Deutschlands



Wie schätzen Sie die Verteidigungsfähigkeit Deutschlands ein?

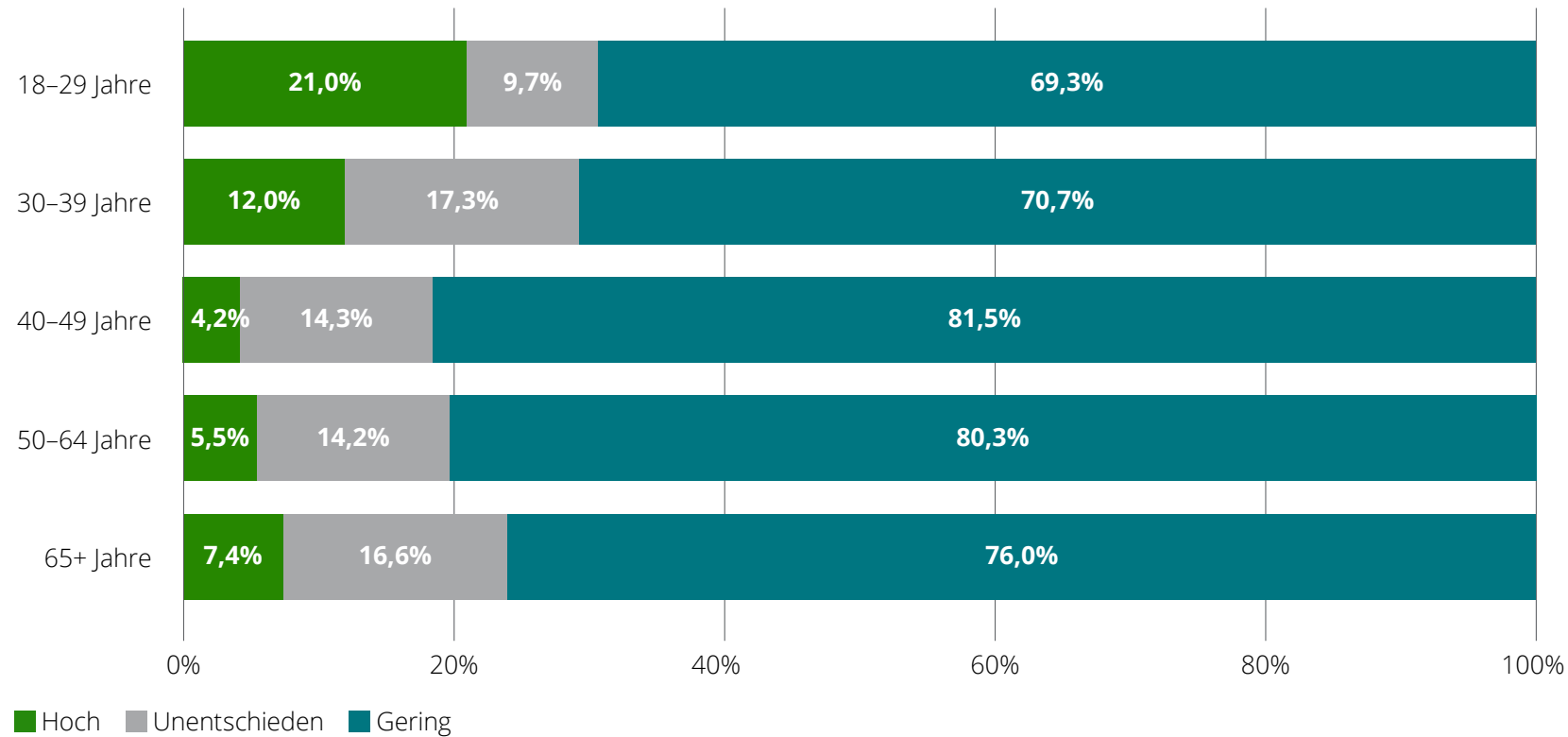
- Hoch
- Unentschieden
- Gering



## 10 | Verteidigungsfähigkeit Deutschlands



Wie schätzen Sie die Verteidigungsfähigkeit Deutschlands ein?



Stat. Fehler Gesamtergebnis: 2,7% | Stichprobengröße: 5.000 | Befragungszeitraum: 27.01.26–28.01.26 |  
Ausgewertet nach: Alter



# Ansprechpartner



**Dr. Germar Schröder**

Sector Lead Defense, Security & Justice  
Tel: +49 69 340101 319  
geschroeder@deloitte.de



**Mathias Brandes**

Head of Communications  
Tel: +49 89 2903 65034  
mbrandes@deloitte.de



**Dr. Alexander Börsch**

Chief Economist & Head of Research Germany  
Tel: +49 89 29036 8689  
aboersch@deloitte.de

## Methodische Hinweise

Civey hat für Deloitte vom 27.01. bis 28.01.2026 online 5.000 Bundesbürgerinnen und Bundesbürger ab 18 Jahren befragt. Die Ergebnisse sind aufgrund von Quotierungen und Gewichtungen repräsentativ unter Berücksichtigung des statistischen Fehlers von 2,7 Prozentpunkten beim jeweiligen Gesamtergebnis.



Deloitte bezieht sich auf Deloitte Touche Tohmatsu Limited (DTTL), ihr weltweites Netzwerk von Mitgliedsunternehmen und ihre verbundenen Unternehmen (zusammen die „Deloitte-Organisation“). DTTL (auch „Deloitte Global“ genannt) und jedes ihrer Mitgliedsunternehmen sowie ihre verbundenen Unternehmen sind rechtlich selbstständige und unabhängige Unternehmen, die sich gegenüber Dritten nicht gegenseitig verpflichten oder binden können. DTTL, jedes DTTL-Mitgliedsunternehmen und verbundene Unternehmen haften nur für ihre eigenen Handlungen und Unterlassungen und nicht für die der anderen. DTTL erbringt selbst keine Leistungen gegenüber Kunden. Weitere Informationen finden Sie unter [www.deloitte.com/de/ueberUns](http://www.deloitte.com/de/ueberUns).

Deloitte bietet führende Prüfungs- und Beratungsleistungen für nahezu 90% der Fortune Global 500®-Unternehmen und Tausende von privaten Unternehmen an. Rechtsberatung wird in Deutschland von Deloitte Legal erbracht. Unsere Mitarbeitenden liefern messbare und langfristig wirkende Ergebnisse, die dazu beitragen, das öffentliche Vertrauen in die Kapitalmärkte zu stärken, und unsere Kunden bei Wandel und Wachstum unterstützen. Deloitte baut auf eine über 180-jährige Geschichte auf und ist in mehr als 150 Ländern tätig. Erfahren Sie mehr darüber, wie die über 470.000 Mitarbeitenden von Deloitte zusammenarbeiten, um das Leitbild „making an impact that matters“ täglich zu leben: [www.deloitte.com/de](http://www.deloitte.com/de).

Diese Veröffentlichung enthält ausschließlich allgemeine Informationen, und weder die Deloitte GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft noch Deloitte Touche Tohmatsu Limited (DTTL), ihr weltweites Netzwerk von Mitgliedsunternehmen noch deren verbundene Unternehmen (zusammen die „Deloitte Organisation“) erbringen mit dieser Veröffentlichung eine professionelle Dienstleistung. Diese Veröffentlichung ist nicht geeignet, um geschäftliche oder finanzielle Entscheidungen zu treffen oder Handlungen vorzunehmen. Hierzu sollten Sie sich von einem qualifizierten Berater in Bezug auf den Einzelfall beraten lassen.

Es werden keine (ausdrücklichen oder stillschweigenden) Aussagen, Garantien oder Zusicherungen hinsichtlich der Richtigkeit oder Vollständigkeit der Informationen in dieser Veröffentlichung gemacht, und weder DTTL noch ihre Mitgliedsunternehmen, verbundene Unternehmen, Mitarbeitende oder Bevollmächtigte haften oder sind verantwortlich für Verluste oder Schäden jeglicher Art, die direkt oder indirekt im Zusammenhang mit Personen entstehen, die sich auf diese Veröffentlichung verlassen. DTTL und jedes ihrer Mitgliedsunternehmen sowie ihre verbundenen Unternehmen sind rechtlich selbstständige und unabhängige Unternehmen.

Stand 02/2026

